WAS VOR ORT ZÄHLT

DAS MAGAZIN DER GRÜNEN

03/2023 GRUENE.DE

SCHWERPUNKT
LEBENSWERTE HEIMAT SCHAFFEN

Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: **sparkasse.de/mittelstand**

Weil's um mehr als Geld geht.

Vor Ort für das große Ganze

Bild: Urban Zintel

Zukunft beginnt direkt vor unserer Haustür. In unseren Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob Schulen saniert und Kitas gebaut werden, ob das Schwimmbad, die Bücherei und das Theater erhalten bleiben, der Ortskern belebt wird, ob neue Radwege entstehen und wie wir beim Klimaschutz vorankommen.

Überall im Land gestalten grüne Kommunalpolitiker*innen Tag für Tag lebenswerte Heimat: Wohlfühlorte, in denen Menschen zusammenkommen, sich beteiligen und in einer gesunden Umwelt aufwachsen können. Unsere Bürgermeister*innen, Gemeinde- und Stadträt*innen engagieren sich zum Großteil ehrenamtlich, sie investieren viel Zeit und Energie, ohne dafür allzu viel Geld zu bekommen. Ihnen und ihrem großen Einsatz ist diese Ausgabe gewidmet. Ihr verdient unsere Anerkennung, unseren Dank und unseren Respekt!

In der Kommunalpolitik entscheidet sich nicht nur, wie unser tägliches Leben aussieht. Hier geht es auch um die Zukunft unserer Demokratie. Vielerorts müssen wir erleben, wie der rechtsextreme Druck steigt. Mit Tatkraft und Überzeugung halten Grüne im ganzen Land dagegen, sie grenzen sich ab mit einem Politikstil, der das Gemeinsame betont und unsere demokratischen Werte bewahrt. Sie zeigen klare Kante gegen rechte Parolen und Hass. Denn letztlich beurteilen Bürger*innen unser Regierungssystem nach den Erfahrungen, die sie vor Ort machen. Umgekehrt bedeutet das: Unsere Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen mitmachen und sich einsetzen. Menschen wie du!

2024 sind zeitgleich zur Europawahl auch Kommunalwahlen, unter anderem in neun Bundesländern. In vielen Orten suchen wir noch Kandidat*innen, schau doch mal bei deinem Orts- oder Kreisverband vorbei und erkundige dich, was da gerade ansteht.

Zudem haben wir in diesem Heft ein besonderes Augenmerk auf unsere Grünen in Hessen und Bayern gelegt. Es kommen grüne Landes- und Kommunalpolitiker*innen zu Wort, welche bereits den entscheidenden Unterschied in diesen Bundesländern machen. Ich vertraue darauf, dass diese nach den dortigen Landtagswahlen im Oktober – durch euren Einsatz als Wahlkämpfer*innen – frischen Rückenwind für ihre Arbeit bekommen.

Auf einen erfolgreichen Wahlkampf und einen grünen Herbst!

Eure Emily

WIR SORGEN FÜR LEBENSWERTE KOMMUNEN

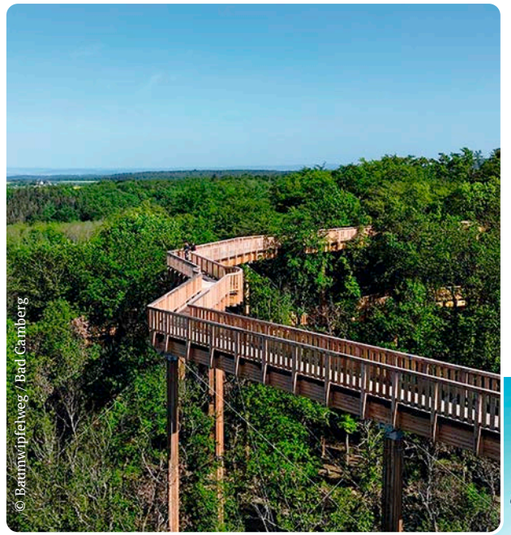
In Deutschland gibt es seit Jahren große Unterschiede bei den Lebensbedingungen. Es gibt arme und reiche Städte, arme und reiche Gemeinden. Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie drohen sich diese Unterschiede zu verstärken.

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen überall.

Mehr zur grünen Agenda für die Kommunen unter:
gruene.de/themen/kommunen

EUROPA IM FOKUS

Was haben die Grünen in Europa erreicht? Wie sorgt grüne Politik für mehr Klimaschutz, mehr Demokratie und mehr Zusammenhalt in der EU? Und wie hart ist der Kampf dafür? Mit der Europawahl 2024 im Blick widmen wir uns diesen Themen in der nächsten Ausgabe. Sie erscheint am 15. Dezember 2023.



BAD CAMBERG

WITZENHAUSEN

GIESSEN

EISELFING

KUMHAUSEN

FRANKFURT

DARMSTADT

KASSEL

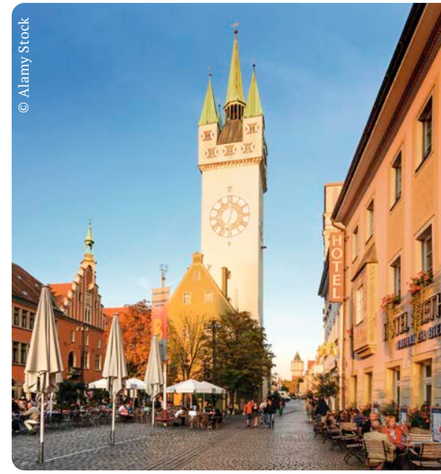
NEURIED

LEBENSWERTE HEIMAT SCHAFFEN
EINE HANDLUNGSANLEITUNG VON GRÜNEN KOMMUNALPOLITIKER*INNEN

Städte, Kleinstädte und Dörfer sind unser Zuhause. Damit alle Menschen vor Ort gut, gesund und gerne leben, braucht es eine intakte Umwelt, bezahlbaren Wohnraum, eine nachhaltige und digitale Infrastruktur, vielfältige Kulturangebote, gute Schulen und Kitas, eine starke Wirtschaft, solide Finanzen – und ein tolerantes Miteinander. Dieses Heft stellt grüne Kommunalpolitiker*innen in Bayern und Hessen vor, die mit ihren Ideen und Visionen, ihrer Tatkraft und Experimentierfreude lebenswerte Wohlfühlorte schaffen. Sie stehen stellvertretend für alle Grünen in den Städten und Gemeinden, die Zukunft gestalten und sich für gute und gleichwertige Lebensbedingungen einsetzen. Im ganzen Land.

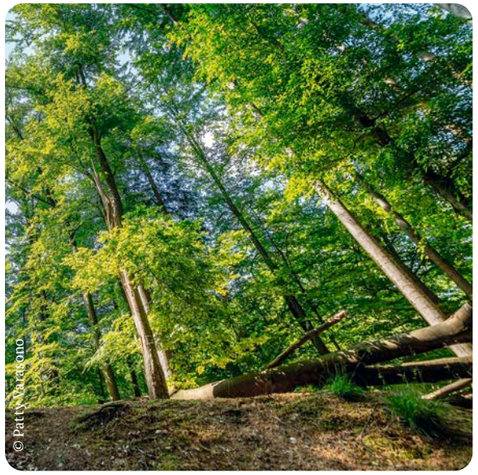
LEBENSWERTE HEIMAT SCHAFFEN

FRIEDRICHSDORF

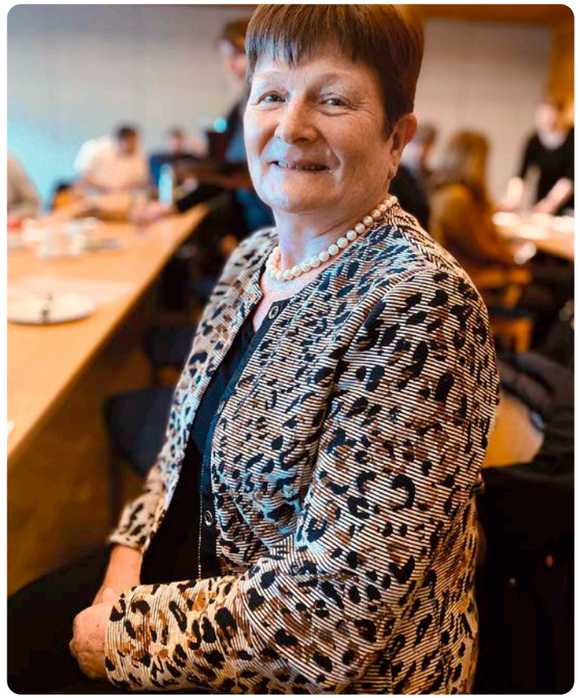


STRAUBING

OBERSCHWARZACH/ STEIGERWALD



MÜNCHEN



GEMEINWOHL AN ERSTE STELLE SETZEN!

POSTBAUER-HENG, BAYERN
8.078 EINWOHNER*INNEN

Bei jeder Entscheidung der Gemeinde soll künftig das Gemeinwohl, sollen Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit an erster Stelle stehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Aktivitäten von Rathaus und Gemeinde untersucht.

Wie kommt eine Gemeinde dazu, eine Gemeinwohlbilanz erstellen zu lassen?
Angefangen hat es damit, dass unsere zweite Bürgermeisterin Angelika Herrmann von der CSU drei hochkarätige Referent*innen zum Thema Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) in unser Schloss eingeladen hatte. Wir Grüne und einige andere Gemeinderäte haben gleich einen Antrag gestellt, eine GWÖ-Bilanzierung bei uns durchzuführen. Der Gemeinderat, einige Verwaltungsmitarbeitende und Vereinsvorsitzende fuhren dann in eine Kommune, die sich bereits gemeinwohlzertifiziert hatte. Das war so überzeugend, dass wir gleich eine studentische Hilfskraft eingestellt und ein Kernteam gebildet haben. Es folgten verschiedene Workshops. Wir wollten das wirklich gründlich angehen.

Wie erklärst du dir die große Bereitschaft dafür in eurem Ort, zumal die Grünen ja nicht in der Mehrheit sind?
Eine Besonderheit in Postbauer-Heng ist die Tatsache, dass wir acht, demnächst sogar neun Frauen im Gemeinderat sind, der aus 20 Personen besteht. Das wirkt sich natürlich darauf aus, wie wir Themen angehen. Überhaupt haben wir hier eine sehr wertschätzende, offene Kommunikation. Wir wissen eben, dass wir Dinge nur gemeinsam voranbringen können. Und es gibt sehr viele Bürger*innen, die ehrenamtlich engagiert sind: in Vereinen, Musikschulen, in der Ökumene, der Tafel oder der Nachbarschaftshilfe. Kein Wunder, dass bei den GWÖ-Workshops mehr als 120 Ziele und Projektideen aus der Bürgerschaft kamen.

Welche Hauptziele habt ihr vereinbart?
Die Kommune hat sich committed, bis 2030 klimaneutral zu werden. Dafür werden zwei Bürgerenergieprojekte ins Leben gerufen. Wir haben bereits die Reinigung der kommunalen Liegenschaften auf effektive Mikroorganismen (EM) umgestellt, die ohne chemische oder synthetische Inhaltsstoffe auskommt. Die Schul- und Kindergartenverpflegung ist schon zu 50 Prozent bio. Wir haben einen fünfköpfigen Jugendlichenrat mit einem eigenen Budget, einen Familienstützpunkt und ein „Community Health Care“-Projekt für seelisch belastete Menschen. Nun kommt noch eine Alltagsbegleitung für Senior*innen dazu. Wir werden das mit geschulten Ehrenamtlichen machen, die dafür eine Aufwandsentschädigung bekommen. Wie man sieht, wird soziale Gerechtigkeit in der GWÖ großgeschrieben. Wir haben noch viele andere Projekte, aber wollen die Verwaltung auch nicht durch ein zu hohes Tempo überfordern.

Die Lieferketten sind auch betroffen?
Ja, wir haben eine gemeinwohlorientierte Beschaffungsrichtlinie beschlossen und wollen menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Lieferketten sicherstellen. Kommunen setzen ja unheimlich viel um und können ganz deutlich Wirtschaft mit umgestalten. Wir wollen die regionalen Produzent*innen und Geschäfte mitnehmen. Der Prozess der Bilanzierung hat bereits jetzt ein sehr großes Umdenken hervorgebracht.

Niemand vor Ort bremst?
Natürlich, wir sind ja nicht Utopia. Es gibt Schlüsselpositionen, die mitziehen müssen. Der Kämmerer beispielsweise, bei uns ist das ein sehr engagierter junger Mann. Wir sind da, wenn es sein muss, auch sehr deutlich. Die strategische Richtung, die der Gemeinderat vorgibt, ist ja keine Privatsache. Aber natürlich müssen alle Mitarbeitenden geschult und mitgenommen werden. So etwas von oben überzustülpen, bringt ja gar nichts.

GABRIELE BAYER

64, ist Dritte Bürgermeisterin von Postbauer-Heng. Sie ist gelernte Krankenschwester und seit vielen Jahren Mitglied im Bezirkstag.

Stand Einwohnerzahlen: Ende 2022 oder 2021

DAS VERBINDENDE STÄRKEN!

KASSEL, HESSEN
204.202 EINWOHNER*INNEN

Kassels erster grüner Oberbürgermeister: Sven Schoeller wurde am 21. Juli 2023 als Rathauschef vereidigt. Die Ausgangslage ist alles andere als einfach, zuletzt hatten chaotische Personalien die Stadtpolitik bestimmt. Schoeller will den Neustart nutzen – und die Menschen zusammenbringen, im Stadtparlament ebenso wie in der Stadt selbst: „Kassel ist von einer immensen Vielfalt geprägt – hier leben über 200.000 Menschen mit verschiedensten Einstellungen und Interessen, unterschiedlicher Herkunft und Religion, Bildung und Erwerbsmöglichkeiten. Doch in all diesen Unterschieden gibt es auch etwas, das alle verbindet: die Stadt Kassel selbst.“ Damit sich die Bürger*innen noch stärker mit ihrer Stadt identifizieren, setzt Schoeller etwa auf Investitionen in eine gute Bildungslandschaft und auf die Vorbildfunktion der Stadt als Arbeitgeberin, die Diversität vorlebt. Zudem sollen bei der Haushaltsplanung die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt werden: Klare Kriterien wie die Anzahl der Kindergartenplätze oder die Länge des Radwegenetzes sollen künftig zeigen, ob diese Ziele erreicht werden. „Dadurch wird viel transparenter, an welchen Stellschrauben wir wirklich drehen müssen, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen. Für einen Haushalt einer Stadt in der Größenordnung von Kassel ist das richtungsweisend.“

SVEN SCHOELLER

50, ist seit 2010 Mitglied der Grünen. 2021 wurde der Jurist in die Stadtverordnetenversammlung von Kassel gewählt. Die Grünen stellen dort mit 20 Sitzen die stärkste Fraktion.

Bild: Bastian Arndt

VORARBEIT LEISTEN FÜR KUNST UND KULTUR!

KUMHAUSEN, BAYERN
5.546 EINWOHNER*INNEN

„Gerade in kleinen Ortschaften wie Kumhausen kümmern sich wenige Politiker*innen um Kunst und Kultur. Da sind wir Grüne schon die Antreiber*innen. Ich bin ein reiner Kommunalo. Mir geht es darum, meine direkte Umgebung mitzugestalten. Wenn du diesen Anspruch hast, darfst du dich natürlich nicht abkapseln, sondern musst dich unter die Bevölkerung mischen, mit den Vereinen reden. Es ist uns wichtig, dass wir Veranstaltungen anbieten, die über die üblichen Bierfeste hinausgehen. Dabei geht es auch um Diversität. Bei unseren Bürger*innen-Festen macht die mobile Jugendarbeit mit. Da gibt es mal ein kleines Zirkuszelt oder einen Workshop für DJs, aber natürlich auch Abende mit bayerischen Liedern. Für das Frühjahr sind Konzerte mit ganz jungen regionalen Bands geplant. Wir haben Kunst-am-Bau-Projekte organisiert, die für die Kommunen nicht mehr wie früher verpflichtend sind. Mir ist wichtig, dass lokale Künstler*innen gefördert werden. Bei all unseren Initiativen ist die Qualität sehr wichtig. Unseren kommunalen Bücherschrank habe ich beispielsweise von einem Schreiner in einen Schuppen einbauen lassen. Und bald wird es auf unsere Initiative hin auch eine Parcours- und Kneippanlage geben. Es reicht in solchen Fällen nicht, Anträge zu stellen. Der Bürgermeister erwartet, dass wir die Vorarbeit leisten. Aber dann läuft es eben auch und man kann Erfolge vorzeigen.“

SEPP FLECK

66, führte vor seiner Pensionierung einen Spielzeugladen. Er ist seit 1996 im Gemeinderat, Umwelt- und Kulturbeauftragter der Gemeinde und Mitglied im Finanzausschuss.

MIT WISSEN ÜBERZEUGEN!

OBERSCHWARZACH, BAYERN
1.453 EINWOHNER*INNEN

Seit 16 Jahren kämpfen die Grünen gemeinsam mit Naturschutzverbänden, Waldexpert*innen und auch vielen Bürger*innen darum, einen Teil des Steigerwalds zwischen Würzburg, Schweinfurt und Bamberg zum Nationalpark zu machen. Auf mindestens 10.000 von 51.000 Hektar sollen die ehrwürdigen Rotbuchen wieder ihr volles Alter von 300 bis 400 Jahren erreichen dürfen, um ihren Beitrag zum Klima- und Artenschutz leisten zu können. Auch Patrick Friedl (rechts im Bild), grüner Sprecher für Naturschutz und Klimaanpassung im Landtag, macht sich dafür stark. Widerstand kommt von der Söder-Regierung und Teilen der Holzindustrie. Ein Gutachten, das Friedl und die Landtags-Grünen bei dem Nationalpark-Experten und Ökologen Dr. Hans Dieter Knapp (links) in Auftrag gegeben hatten, bringt frischen Wind in die Diskussion.

Wer das Gutachten liest, das neben dem Potenzial für mehr Arten- und Klimaschutz auch die wirtschaftlichen Vorteile eines Nationalparks im Steigerwald belegt, etwa durch nachhaltigen Tourismus, kann nur Vorteile sehen. Aus welchen Gründen wird der Nationalpark eigentlich abgelehnt?
Dagegen sind vor allem diejenigen, die das Holz aus dem Steigerwald gewerblich nutzen oder das Restholz privat als Feuerholz verwenden. Sie müssten auf andere Quellen zurückgreifen, längere Transportwege in Kauf nehmen. Allerdings gibt es in der Region auch noch weitere Waldgebiete, die als Nutzwald bewirtschaftet werden. Und: Anfangs würde auch nur knapp die Hälfte der Fläche aus der Holznutzung genommen, nach einer Übergangszeit von 30 Jahren wären es dann gut drei Viertel.

PATRICK FRIEDL

53, ist seit Ende der 1990er-Jahre kommunalpolitisch aktiv. Der Jurist war zudem Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Hans-Josef Fell und Dieter Janecek. 2018 zog er als erster direkt gewählter Abgeordneter der Grünen für den Stimmkreis Würzburg in den Landtag ein.

Wie schwierig wäre es, einen Nationalpark einzurichten?
Es bräuchte nur einen einfachen Landtagsbeschluss – die nötigen Flächen sind sämtlich in Staatsbesitz. Eine gewisse touristische Infrastruktur ist mit dem Steigerwald-Zentrum in Oberschwarzach, das Ausstellungen und Veranstaltungen anbietet, sowie einem Baumwipfelpfad bereits vorhanden. Wäre das Gebiet Nationalpark, würde das zusätzlich Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung in der Region halten. Das hat auch die Entwicklung in den bayerischen Nationalparks in Berchtesgaden und im Bayerischen Wald deutlich gezeigt. Einzig bei der Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln müsste noch nachgelegt werden. Man könnte aber die stillgelegte Steigerwald-Bahn wieder in Betrieb nehmen, gegen die sich die CSU-geführte Regierung genauso vehement sträubt wie gegen den Nationalpark selbst.

Was macht dich so zuversichtlich, dass sich diese Haltung ändert?
Nachdem die Knapp-Studie im Mai 2023 veröffentlicht wurde, hat der Bund Naturschutz im Juli von einem neutralen Institut eine bayernweite Umfrage durchführen lassen. Fast 75 Prozent der Befragten sind für einen Nationalpark Steigerwald – mit besonders hohen Werten gerade bei unmittelbaren Anwohner*innen und CSU-Wähler*innen. An diesen Zahlen kommt auch die CSU nicht vorbei – und die ist, wie etwa die Reaktion auf das Volksbegehren zur Artenvielfalt 2019 gezeigt hat, durchaus in der Lage, ihre Positionen zu ändern. Wir als Grüne haben uns im Wahlprogramm darauf festgelegt, dass unser definiertes Ziel ein dritter bayerischer Nationalpark im Steigerwald ist. Auch wenn sich jetzt, vor der Wahl, die Front bei der Regierung noch einmal verhärtet hat, sind wir doch optimistisch, dass danach neue Bewegung in die Sache kommt.

Bild: Patty Varasano (v. links: Hans D. Knapp, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl), Henrik Diel

FINANZEN IM GRIFF HABEN!

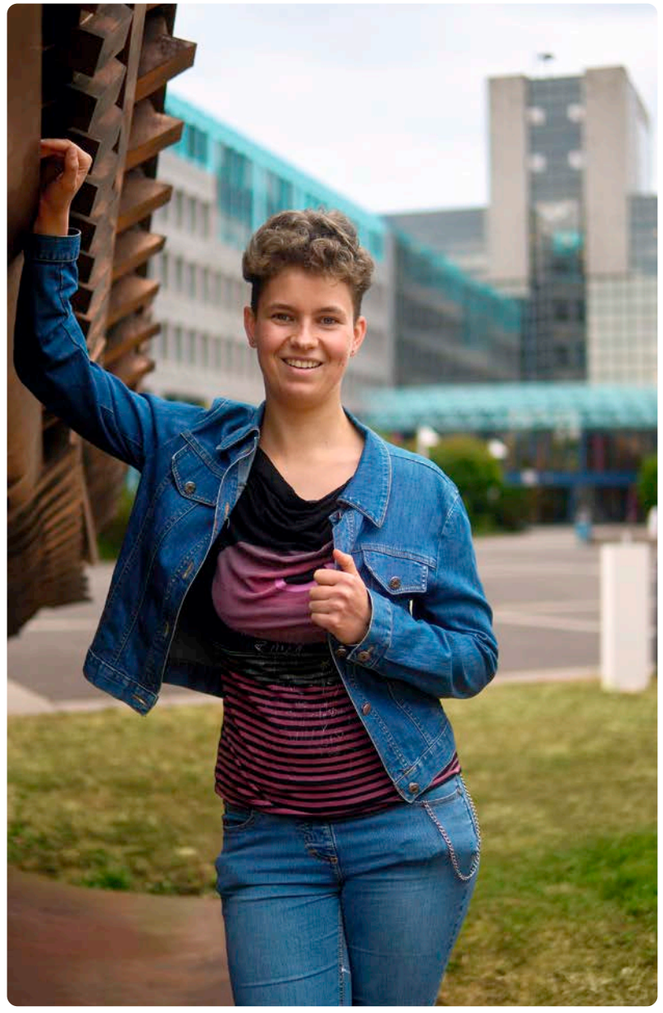
DARMSTADT, HESSEN
162.243 EINWOHNER*INNEN

Du bist eine sehr junge Kommunalpolitikerin. Was interessiert dich an Wirtschafts- und Finanzthemen?
Die Wirtschaft und das Geld bilden die Basis für alle unsere Aktivitäten. Ohne Geld kann man keine Projekte voranbringen und keine lebenswerten Orte schaffen. Ein erfahrener Kollege hat das mal treffend formuliert: „Der Haushalt ist das in Zahlen gekleidete Regierungsprogramm."

Du bist Sprecherin des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen der Darmstädter Grünen. Ihr entwickelt wirtschaftspolitische Ideen für die Stadt.
Ja. Zu unseren wichtigsten Aufgaben gehört es, Vorträge und Begegnungen zu organisieren. Darmstadt hat eine sehr ausgeprägte Stadtwirtschaft und in unseren kommunalen Unternehmen gibt es viele interessante Menschen. Neulich hatten wir den Stadtkämmerer bei uns, der über den kommunalen Finanzausgleich gesprochen hat. Das ist ein komplexes Thema. Als Kommunalpolitiker*innen brauchen wir Informationen, um Entscheidungen zu fällen. Sonst kann ich keine guten Vorschläge machen und sie auch nicht verargumentieren.

Gilt das auch für die Kommunikation nach außen?
Klar. Als Stadtverordnete musst du die Maßnahmen ja auch den betroffenen Bürger*innen vermitteln können. Das ist natürlich nicht immer einfach. Komplexität nervt in vielen Fällen natürlich. Wenn es also einfache Lösungen gibt, immer her damit. Aber in vielen Fällen ist es halt komplizierter. Definitiv dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass ein moralischer Anspruch und eine Überzeugung allein schon ausreichen, um Menschen zu überzeugen.

Die Grünen sind stärkste Fraktion in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung. Du bist im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Wissenschaft und Digitalisierung. Kannst du uns ein Beispiel nennen, was ihr in diesem Bereich vorangebracht habt?
In Darmstadt gibt es über 40.000 Studierende. Das ist ein riesiges Potenzial für Innovationen. Darmstadt bezeichnet sich nicht umsonst als Wissenschaftsstadt. Wir wurden schon mehrfach mit Start-up-Preisen ausgezeichnet, und unsere Gründer*innen-Landschaft ist extrem lebendig. Wir Grüne haben 2017 das HUB31 angeschoben, ein Gründerzentrum für technologieorientierte Start-ups. Es besteht aus Büros, Co-Working- und Werkstattflächen und Konferenzräumen. Einem Ort, an dem Start-ups sich vernetzen und inspirieren können. Das HUB31 wird super gut angenommen und wir setzen uns dafür ein, dass diese Initiative ausgebaut und erweitert wird.



ELISABETH DECKER

22, studiert Mechatronik und sitzt für die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt. Sie setzt sich für Innovationen ein.

NETZWERKE SCHAFFEN!

NEURIED, BAYERN
8.934 EINWOHNER*INNEN

Während die große Politik noch um Lösungen ringt, nehmen nicht wenige Bürger*innen die Gestaltung der Zukunft schon mal selbst in die Hand: In Neuried bei München und den Nachbargemeinden im Würmtal organisierten sich die ersten Anwohner*innen bereits vor zwanzig Jahren, um gemeinsam Solaranlagen auf kommunale Dächer zu bringen. „Das war für mich der Grund, in die Kommunalpolitik zu gehen“, erzählt Dieter Maier, heute in Neuried als Dritter Bürgermeister zuständig für Klima- und Umweltschutzfragen. Der damals gegründete Würmtaler Innovative Energien e.V. existiert bis heute und organisiert unter anderem einen jährlichen Energietag mit Info-Veranstaltungen und Diskussionsmöglichkeiten. Kürzlich kam das KlimaNetz Würmtal dazu, das nachbarschaftliche Beratung organisiert. Was erst einmal unspektakulär klingt, ist für die Energiewende mindestens so wichtig wie das Aufstellen von Ladesäulen für E-Autos oder das Errichten eines Windrads – beides hat die Gemeinde ebenfalls in Angriff genommen. „Den größten Anreiz, sich eine Solaranlage aufs Dach montieren zu lassen oder eine Wärmepumpe zu installieren, bieten neben Förderungen oder gesetzlichen Vorgaben Nachbar*innen, die das schon gemacht haben“, sagt Maier. „Wir sehen unsere Aufgabe als Gemeinde auch darin, die Menschen hier zusammenzubringen. Wenn ich jemand unmittelbar fragen kann: ‚Wie hast Du das gemacht? Worauf muss ich achten?‘, bringt das oft mehr als jede Fachberatung.“

DIETER MAIER

55, leitet hauptberuflich eine Forschungsabteilung bei einem Software-Entwickler. Der promovierte Biologe sitzt seit neun Jahren für die Grünen im Neurieder Gemeinderat. Seit 2014 ist er Dritter Bürgermeister.

MIT MUT UND AUGENMASS AGIEREN!

GIESSEN, HESSEN
92.909 EINWOHNER*INNEN

„Landesgartenschauen sind nicht unbedingt das, was die Grünen fordern und fördern. Aber wir haben schnell gesehen, dass wir mit der Gartenschau (Laga) nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte voranbringen können. Ab dem Jahr 2006 bis zur Eröffnung 2014 war ich hauptamtlich für deren Organisation verantwortlich – und für die Begleitmaßnahmen wie die Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes. Außerdem wurde unser Stadtpark aus dem Jahr 1969 grundlegend saniert und mit einem Café sowie Fitness- und Sportarealen ausgestattet. Wir haben im Stadtgebiet Korridore für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geschaffen, einen neuen Steg über die Lahn gebaut. Dadurch wurden zwei Stadtteile erstmalig verbunden. Am Fluss entstanden ein Spielplatz und eine Einstiegsstelle für Paddler*innen. Und wir sorgten dafür, dass die Natur weitreichend geschützt wird. Bis heute ist die Laga ein Motor bei der Gestaltung unserer Grünflächen und der ganzen Stadt. Die Kommunalpolitik ist für mich die Königsdisziplin. Man kann vor Ort Ermessensspielräume sehr gut ausnutzen – aber mit Augenmaß und Mut. Du kannst nicht dogmatisch arbeiten. Wir müssen immer auch abwägen, etwa zwischen dem Schaffen von Wohnraum und dem Wissen, dass Flächen entsiegelt werden müssen. Man muss sich Bürger*innenvorschläge anhören und immer wieder informieren, erklären, begründen.“

GERDA WEIGEL-GREILICH

64, war Bürgermeisterin in Gießen und ist seit 2018 Stadträtin im Dezernat „Bauen, Planen, Umwelt, Garten- und Grünanlagen“. Bis 2014 war sie maßgeblich an der Organisation der Landesgartenschau in Gießen beteiligt.

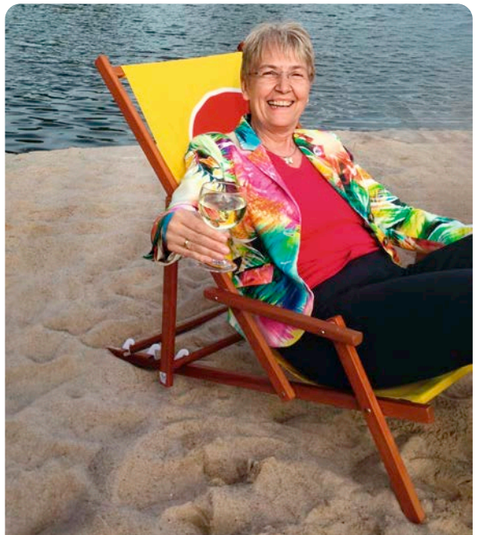


Bild: Andreas Gregor

VIELFALT EINFACH LEBEN!

WEISSENHORN, BAYERN
14.258 EINWOHNER*INNEN

Sie ist eine Pionierin: Als erste gehörlose Kommunalpolitikerin Bayerns sitzt Julia Probst seit anderthalb Jahren im Stadtrat von Weißenhorn. Auch bundesweit hatte sie bislang nur zwei männliche Vorläufer in Berlin und in Hessen, beide ebenfalls von den Grünen. Und auch die Tatsache, dass es beim Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt seit 2012 Gebärdendolmetscher*innen gibt, ist ihrem Engagement zu verdanken.

Warum wird den Hürden, vor denen Gehörlose und andere Menschen mit Behinderung stehen, noch immer so wenig Beachtung geschenkt?
Es fehlt das Bewusstsein darüber, dass es keine Garantie auf Nichtbehinderung gibt. Nur vier Prozent aller Menschen haben ihre Behinderung von Geburt an, 96 Prozent bekommen diese erst im Lauf ihres Lebens. Für mich bedeutet das: Ich mache als Politikerin mit Behinderung nicht nur Politik für Menschen mit Behinderungen, sondern für alle. Die Mehrheit hält sich für unverwundbar, aber man kann sich schnell auf der „anderen“ Seite wiederfinden. Natürlich möchte niemand an die eigene Verwundbarkeit erinnert werden. Aber wäre es im Fall der Fälle nicht besser, wenn die Gesellschaft auf allen Ebenen barrierefrei und inklusiv wäre, damit der Einschnitt nicht so groß ist? Außerdem fehlt es an inklusiver Politik. Nichtbehinderte können aus den Kandidat*innen die Person auswählen, mit der sie sich am stärksten identifizieren können. Wir haben diese Möglichkeit bislang nicht, weil es ja kaum Politiker*innen mit Behinderungen gibt.

Wie klappt die Arbeit im Weißenhorner Stadtrat?
Grundsätzlich müssen wir Gehörlose uns selbst Gebärdensprachdolmetscher*innen organisieren und auch deren Finanzierung klären. Für meine Arbeit als Stadträtin übernimmt aber die Stadt Organisation und Kosten, mir fiel ein Stein vom Herzen. So gut aufgestellt zu sein, ist echter Luxus, auch wenn das eigentlich kein Luxus sein dürfte. Es sollte Normalität sein, dass Gehörlose und Menschen mit Behinderung nicht dafür zuständig sind, sich selbst um ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu kümmern. Diese Möglichkeiten sollten einfach vorhanden sein. Das ist auch der Antrieb meines politischen Handelns. Eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft ist ein Gewinn für alle. Bislang aber schneidet Deutschland in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die hierzulande 2009 ratifiziert wurde, eher schlecht als recht ab.

Bei der bevorstehenden Landtagswahl stehst du auf Listenplatz 5. Was möchtest du verändern, wenn du ein Mandat bekommst?
Die bis 2018 amtierende Regierung unter Horst Seehofer hatte recht großmäulig versprochen, dass Bayern bis 2023 barrierefrei wird. Davon sind wir weit entfernt! Wenn ich Abgeordnete im Landtag werde, möchte ich erreichen, dass dieses Versprechen bis 2029 tatsächlich umgesetzt wird. Durch gezielte Schulung der Behörden sollen Zugang und Teilhabe an der Gesellschaft ganz ohne Ämterwillkür erfolgen; gleichzeitig setze ich auch auf die Digitalisierung, um den Sachbearbeiter*innen die Arbeit zu erleichtern.

JULIA PROBST

41, ist Politikerin, Bloggerin, Influencerin und Aktivistin. Bei der Männer-Fußball-WM 2010 schrieb die Lippenleserin auf Instagram, was sich Fußballer und Trainer auf dem Spielfeld zuriefen. Unter @einaugenschmaus postet sie Momentaufnahmen ihrer politischen Arbeit und Überlegungen zu einer inklusiveren Gesellschaft.

Die Bild-Zeitung und Hürriyet berichteten. Das war höchst umstritten, zeitweise standen die Festspiele unter Polizeischutz. 2006 wurde ich dann zur stv. Vorsitzenden des Migrationsrats gewählt. Der Einzige aus dem Straubinger Stadtrat, der bei den Beiratssitzungen auftauchte, war ein Grüner. Und der kam regelmäßig. Das hat mich zum Nachdenken gebracht – und Fan von Cem Özdemir war ich eh. Deshalb habe ich 2014 für die grüne Stadtratsliste kandidiert, zu dritt sind wir in den Stadtrat eingezogen, vorher gab es nur einen Grünen. 2017 wurde ich Fraktionsvorsitzende, 2020 OB-Kandidatin. Wir sind zweitstärkste Partei geworden. Das war viel Arbeit, aber es hat sich gelohnt. Jetzt kandidiere ich für den Landtag.

Was sind grüne Erfolge in Straubing?
CSU und SPD haben die Stadtratsmehrheit und ziehen das auch durch. Wir haben die Aktion „Der geschenkte Baum“ initiiert. Die Stadt schenkt Bürger*innen Bäume für ihr Grundstück. Das ist gut für Klima und Artenvielfalt. Und wir haben dafür gesorgt, dass Athlet*innen der Special Olympics 2023 in Straubing untergebracht wurden. Ein Zeichen für Inklusion und Vielfalt!

Du bist für deine Bürgernähe bekannt.
Ich möchte mit den Leuten face to face in Kontakt kommen. Da fühle ich mich wohl, auch wenn es um Streitthemen geht, ohne jetzt der Profi für alles zu sein. Ich möchte erstmal einfach zuhören. Deshalb hab ich das Format „Triff Feride“. Da sitze ich freitags um 17 Uhr auf einer Bank am Straubinger Stadtplatz oder auch mal in einer Gemeinde im Umland. So komme ich mit unterschiedlichen Menschen zu verschiedenen Themen ins Gespräch. Mal geht es um die Ansiedlungspläne von BMW, mal um eine bestimmte Wiese, die gerade abgemäht wurde, aber auch um Persönliches.

In Straubing (Bild) fest etabliert, hat die Stadträtin ihr Format „Triff Feride“ auf den Landkreis ausgedehnt: In Eisdielen spricht sie vor Ort mit den Leuten.

FÜR DIE LEUTE DA SEIN!

STRAUBING, BAYERN
49.291 EINWOHNER*INNEN

Wie bist du Straubingerin und Grüne geworden?
Ich wurde als jüngstes von sechs Kindern in Celle geboren. Weil mein Vater hier Arbeit fand, sind wir 1989 nach Straubing gezogen. Ich war 13 und ging auf die katholische Mädchen-Realschule. Für meine Eltern, sehr konservative Muslime, ging das in Ordnung. Wir lebten im Brennpunktviertel der Stadt. Nicht so schön. Dann noch dieser Dialekt, den ich damals kaum verstanden habe. Ich hab mich trotzdem gut in das Lokalleben eingefunden, bei Sportvereinen mitgemacht, Fußball gespielt, ein paar Jahre auch eine Jungsmannschaft trainiert. 1999 war ich die Agnes Bernauer bei den gleichnamigen historischen Festspielen. Als Tochter von Migrant*innen.

FERIDE NIEDERMEIER

47, ist für eine gesetzliche Krankenkasse tätig. Sie ist seit 2014 Mitglied des Stadtrats von Straubing. 2020 kandidierte sie für das OB-Amt, 2023 tritt sie bei den bayerischen Landtagswahlen an.

HILFE ZU DEN BETROFFENEN BRINGEN!

FRANKFURT AM MAIN, HESSEN
773.068 EINWOHNER*INNEN

„Bei der Kommunalwahl 2021 wurden die Grünen stärkste Kraft. Seit dem Frühjahr 2022 bin ich Dezernentin für Soziales und seit Kurzem auch für Gesundheit. Für mich als gelernte Sozialarbeiterin ist das eine Herzensangelegenheit. Das Budget meines Dezernats liegt bei 1,3 Milliarden Euro, wir haben mehr als 3.000 Mitarbeitende. Das ist schon ein Brett. Wir haben den größten Dezernatsbereich in Frankfurt. Unser Anspruch ist, das soziale Leben nicht zu verwalten – also die Leute nicht einfach an Ämter zu verweisen –, sondern es gestalten zu wollen. Die Menschen sollen sich nicht unserer Hilfestruktur anpassen müssen, unser Auftrag ist es, die Hilfe den Bedürfnissen der Menschen anzupassen! Das erfordert einen permanenten Beobachtungs- und Veränderungsprozess.

Es gibt in Frankfurt sieben Sozialrathäuser, die zentralen Anlaufstellen für Hilfen. Zwei von ihnen strukturieren wir gerade modellhaft um. Dort wird nicht mehr darauf gewartet, dass die Menschen zu ihnen kommen, sondern Mitarbeitende gehen raus und bringen die Hilfe zu den Betroffenen. Dafür sind wir mit den Vereinen, Kulturinitiativen, Schulen und sozialen Trägern vernetzt. Unsere Mitarbeitenden beraten jetzt auch mal direkt in der Kita oder in einem Seniorentreff. So kommen wir besser in Kontakt mit den Leuten. Eines der größten Merkmale von armen Menschen ist ja, dass sie sich zutiefst für ihre Bedürftigkeit schämen und es eine ganz große Hürde ist, in Anspruch zu nehmen, was ihnen zusteht. Früher gab es ein paar Kekse bei Beratungsgesprächen auf dem Amt, heute bieten wir Senior*innen und Familien ein üppiges Frühstück an, direkt in den Altentreffs und Familienbildungsstätten. Dadurch erreichen wir auch Menschen, die sonst nie kommen. Und beim dritten Treffen erzählen sie der Sozialarbeiterin dann vielleicht, dass sie kein Geld mehr zum Heizen haben und in Not sind. Wie überall in Deutschland driften auch in Frankfurt die Einkommensmilieus extrem auseinander. Das wird immer spürbarer und sichtbarer.

ELKE VOITL

54, ist grüne Stadträtin, Diplom-Sozialarbeiterin und seit September 2021 Dezernentin für Soziales und Gesundheit in Frankfurt am Main.

Armut zu bekämpfen, ist eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft. Die wachsende Ungleichheit verändert das Leben aller und bedroht den sozialen Frieden. Frankfurt hat deshalb ein „Bündnis gegen Armut“ ausgerufen. Es geht dabei nicht nur um materielle Armut, sondern um die Teilhabe dieser Menschen am kulturellen und sozialen Leben. Eines unserer Instrumente nennt sich „aktive Nachbarschaft“. Das sind Sozialarbeitende, die meist im Tandem in den verschiedenen Quartieren unterwegs sind, Menschen aufsuchen und vernetzen. Sie sind das Scharnier zwischen der Verwaltung und den vielen verschiedenen Initiativen.

Wir haben uns in Frankfurt zum sicheren Hafen erklärt und ich finde auch, dass es unsere Pflicht ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Das erfordert schon eine Menge Durchsetzungskraft und Kreativität. Die Konkurrenz um die Flächen und Gebäude ist groß. Wir haben im Moment fast 10.000 Menschen in 100 kommunalen Übergangsunterkünften. Mehr als je zuvor. Das ist eine riesige Herausforderung. Wir haben am Hauptbahnhof seit Kriegsbeginn eine Viertelmillion Ukrainer*innen beraten, weitergeleitet, untergebracht. Da ist uns sehr viel Gutes gelungen. Beispielsweise haben wir in Frankfurt ein Safe House, ein Haus für queere Geflüchtete, die auch besonderen Schutz bekommen. Also wieder ein Konzept, direkt zugeschnitten auf die Menschen.“

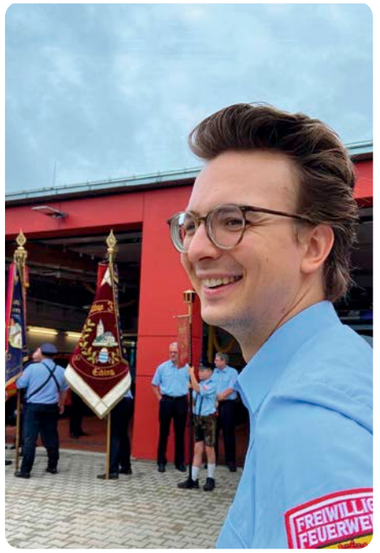
KONTAKTE ZUR FEUERWEHR PFLEGEN!

ECHING, BAYERN
14.430 EINWOHNER*INNEN

„Eching liegt im nördlichen Speckgürtel von München. Kurz nach meiner Wahl in den Gemeinderat 2014 wurde ich vom Kommandanten der freiwilligen Feuerwehr (FFW) angesprochen: „Ich glaube, es wäre jetzt an der Zeit einzutreten“, sagte er. Seitdem bin ich Mitglied. Wegen meines Bundestagsmandats schaffe ich es nicht mehr, bei allen Übungen dabei zu sein. Aber 20- bis 30-mal im Jahr rücke ich zu Einsätzen mit aus. Gerade jetzt in Zeiten der Klimakrise sollten Politiker*innen den Kontakt zur Feuerwehr suchen. Das sind die Experten*innen, die wissen, wo es vor Ort bei Extremwetterereignissen problematisch werden kann. Wo beim letzten Starkregen die Gefahrenstellen waren. Auf dieser Basis können Maßnahmen ergriffen und Krisenpläne erstellt werden. In vielen Kommunen müssen nun neue Gerätschaften angeschafft werden. Unsere Katastrophenschützer*innen müssen richtig ausgestattet werden, dafür setze ich mich ein! Wenn es in einer Region zu Vegetationsbränden kommt, werden etwa geländegängige Tanklöschfahrzeuge und leichtere Schutzkleidung benötigt. Die allerwichtigsten Maßnahmen auf Kommunalebene liegen im Bereich der Prävention. Man muss das Baurecht gut kennen, schließlich sind die Kommunen Bauhoheitsträger. Auf keinen Fall sollte in Hochwassergebieten gebaut werden. Wichtig ist es auch, Flächen zu entsiegeln und grüne Schneisen zu schaffen. Weniger verschwenderisch mit den Flächen umzugehen, bedeutet oft: höher bauen. Noch ein Stockwerk draufsetzen. Es gibt aber noch andere Gründe, einen guten Austausch mit der FFW zu pflegen: Es sind viele Menschen dabei, denen ich sonst vielleicht nie begegnen würde, die eine andere Perspektive auf die Dinge haben und mit denen ich offen reden kann. Abgesehen davon begeistert es mich einfach, gemeinsam mit der Truppe Menschen zu helfen.“

LEON ECKERT

28, Mitbegründer des Ortsverbands in Eching. Seit 2014 sitzt er im Gemeinderat, seit 2020 im Freisinger Kreistag. 2021 wurde Eckert in den Bundestag gewählt. Er ist in der Fraktion zuständig für Bevölkerungs- und Zivilschutz.



MITEINANDER REDEN!

AHORNTAL, BAYERN
2.192 EINWOHNER*INNEN

Du bist seit 2019 Bürgermeister einer kleinen Gemeinde in Mittelfranken. Vor dir hat es dort nie eine*n grüne*n Kandidat*in gegeben. Wie hast du das geschafft?
Mein Vorgänger hatte das Handtuch geschmissen, es gab eine große Unzufriedenheit mit dem alten Gemeinderat. Bei den vorgezogenen Wahlen wurde ich mit 71 Prozent gewählt. Von einer Bevölkerung, die eigentlich durch und durch politisch schwarz ist. Ich komme nicht aus Ahorntal und bin obendrein evangelisch. Alles Faktoren, die es eigentlich unmöglich machen, hier ins Amt zu kommen. Aber wenn man für die Sache eintritt und sich so präsentiert, dass die Menschen sich mitgenommen fühlen, ist es eben nicht so wichtig, welcher Partei du angehörst. Ich mache grüne Politik, die von vielen Bürger*innen gar nicht so sehr als grün wahrgenommen wird, sondern einfach als vernünftig.

Geht auch gar nicht anders, wenn du keine grünen Mitstreiter*innen hast.
Ich habe nach meiner Wahl immerhin eine Ortsgruppe gegründet und für die Kommunalwahl 2020 eine grüne Liste aufgestellt. Wir haben zwei Kandidat*innen reinbekommen.

Und du schaffst es tatsächlich, in dieser Konstellation Beschlüsse durchzubekommen?
Ja. Es hat vielleicht auch mit unserer Region zu tun. Wir kommunizieren hier generell sehr gut miteinander und finden auch quer durch die Parteien eigentlich immer einen Kompromiss. Das ist auch im Gemeinderat so. Durch sehr viel argumentative Arbeit, eine intensive Vorbereitung und Transparenz habe ich fast alle Beschlüsse durchbekommen.

Nenn uns mal ein paar Beispiele bitte.
Natürlich unser Windpark, den wir mit nur einer Gegenstimme beschlossen haben. Ein sehr großes Projekt, das wir zusammen mit dem Naturpark durchgeführt haben, war auch die Sanierung des Promenadenwegs – ein berühmter Wanderweg, auf dem schon König Ludwig II. marschiert ist. Wir haben als eine der ersten Kommunen im Landkreis die Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt. Eine große Investition, aber angesichts der gestiegenen Stromkosten lachen wir uns jetzt natürlich ins Fäustchen. Oder unser neues, nachhaltiges Rathaus. Es wird von verschiedenen kommunalen und regionalen Firmen gebaut. Mit einem sehr teuren, aber guten Energiekonzept. Du kannst mir glauben. Mir macht dieses Amt unglaublich viel Spaß. Jeden Tag.

FLORIAN QUESTEL

43, gelernter Fachkrankenpfleger, ist seit 2019 Bürgermeister von Ahorntal und Mitglied im Kreistag. Seit 2021 ist er außerdem im grünen Landesausschuss.

DURCHHALTEN BIS ZUM ERFOLG!

KÖNIGSBRUNN, BAYERN
28.509 EINWOHNER*INNEN

Seit Dezember 2021 fährt die Straßenbahnlinie 3 endlich von Augsburg nach Königsbrunn. 30 Jahre lang hast du für dieses Projekt gekämpft. Warum hat das so lange gedauert?
Man muss Berechnungen und Gutachten einholen sowie Gegner*innen beschwichtigen, die Angst haben vor zu viel Lärm… Am schwierigsten aber war, die Finanzierung hinzubekommen, nicht nur für den Bau, sondern vor allem für die laufenden Betriebskosten. ÖPNV trägt sich nicht selbst, sondern ist immer ein Zuschussgeschäft. Jetzt dritteln wir diese Kosten: Je einen Teil tragen die Städte Augsburg und Königsbrunn sowie der Landkreis. Trotzdem hätten wir die Straßenbahn nie realisieren können, wenn nicht die ganze Zeit über die Flächen für die Trasse freigehalten worden wären.

Ist die Straßenbahn der Erfolg, den du dir erhofft hast?
Absolut. Früher hatten wir nur eine Busverbindung, die abends und am Wochenende kaum verkehrte. Jetzt haben wir unter der Woche einen 15-, am Wochenende einen 30-Minuten-Takt. Die Tram fährt unmittelbar am Universitätsgelände vorbei, durchquert das Augsburger Zentrum, endet am Hauptbahnhof und wird sehr gut angenommen, weil die Leute jetzt so viele Ziele bequem öffentlich erreichen können. Wir haben ausgerechnet, dass die Straßenbahn etwa 16,8 Millionen Pkw-Kilometer pro Jahr spart, das sind rund 3.700 Tonnen CO_2.

Was steht als Nächstes an?
Ein angedachtes Neubaugebiet mit Wohn- und Gewerbeflächen soll ebenfalls durch die Linie 3 angebunden werden. Deshalb müssen wir bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans schon jetzt darauf achten, dass die zukünftige Trassenführung in die Zielplanung aufgenommen wird. Das ist die Voraussetzung, um die Strecke später tatsächlich verlängern zu können.

URSULA JUNG

70, ist seit 1988 Mitglied der Grünen. Seit 1990 sitzt sie im Stadtrat von Königsbrunn und im Kreistag Augsburg-Land. 2008 und 2014 kandidierte sie als Landrätin, seit Mai 2014 ist sie die erste grüne Dritte Bürgermeisterin von Königsbrunn.

KATHARINA „KATHA“ SCHULZE
UND LUDWIG HARTMANN

Schon 2018 waren die beiden das grüne Spitzenduo für die Landtagswahl – und holten historische 17,6 Prozent der Stimmen. Katharina (Katha) Schulze sitzt seit 2013 im Landtag. Ludwig Hartmann ist seit 2013 Fraktionsvorsitzender.
Mehr unter: gruene-bayern.de/teambayern

Team Bayern

Am 8. Oktober 2023 findet die Wahl zum 19. Bayerischen Landtag statt. Unser Spitzenduo: Katharina Schulze und Ludwig Hartmann.

Wie grün ist Bayern?
Katharina: Bayern ist schon ziemlich grün. Wir Grüne sind Oppositionsführer und kommunal stark verwurzelt. Jetzt wollen wir auch hier endlich an die Regierung und unsere Zukunftskonzepte umsetzen.

Wo ist Bayern am schönsten?
Ludwig: Von meinen Terminen in ganz Bayern bringe ich regelmäßig Urlaubsvorschläge mit nach Hause. Aber mein Top1-Sehnsuchtsort ist unsere Streuobstwiese im Fuchstal.
Katharina: Ob Schwimmen am Ammersee, wo ich aufgewachsen bin, oder daheim in München mit meiner Familie: Heimat ist da, wo das Herz ist.

Was muss im Freistaat besser werden?
Katharina: Ich möchte, dass Bayern nicht mehr länger das Energiesorgenkind der Republik ist, sondern das Land der Energiegewinner*innen!
Ludwig: Bayern verkraftet keine Söder-Ankündigungs-Fakes mehr. Wir brauchen echten Umwelt- und Klimaschutz und eine bessere Politik für unsere Kinder.

Vertrauen schaffen wir durch:
Ludwig: Ehrlichkeit, einen weitsichtigen Plan für die Zukunft Bayerns und konkrete Maßnahmen wie die Gründung eines öffentlichen Energieunternehmens, die nachhaltige Sanierung von 4.800 Schulen oder ein Klimaticket für Bayern für nur 29 Euro monatlich.

Dem Kulturkampf von rechts begegnen wir …
Katharina: … mit einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fake-News. Wir halten zusammen, verteidigen und schützen unsere Demokratie.

Was kann man von Kommunalpolitiker*innen lernen?
Ludwig: Nach über 20 Jahren als Stadtrat in meiner Heimatstadt Landsberg am Lech weiß ich, als Kommunalpolitiker*in musst du deine Entscheidungen und deine Meinung beim Bäcker oder Metzger erklären können. Das habe ich mir behalten: den Mut und die Bereitschaft, meine Ideen zu erklären.
Katharina: Ich habe schon viele tolle Menschen – übrigens aus allen demokratischen Parteien – kennengelernt, die sich auf der kommunalen Ebene einsetzen, und das alles neben Beruf und Familie! Vor Ort fällt das Brückenbauen oft leichter als im Landtag oder Bundestag.

Bäuerinnen und Bauern in Bayern …
Ludwig: … sind systemrelevant. Ihre Leistung müssen wir stärker anerkennen und dafür sorgen, dass Wiesen, Felder und Wälder nicht weiter dem Flächenfraß zum Opfer fallen. Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Bayerns Landwirt*innen auf Klasse statt Masse setzen können.

Das macht gute Laune:
Katharina: Mit Freund*innen lachen, reisen und neue Dinge kennenlernen.
Ludwig: Gute Gespräche, gutes Essen und ein Feierabendbier.

Bild: Sonja Herpich

Der Wind im Freistaat weht …
Katharina: … umsonst – im doppelten Wortsinn. Denn die CSU tut leider alles, um den Ausbau der Erneuerbaren zu verlangsamen. Wir hingegen wollen Wind als günstige Energie für uns alle nutzen.

Unentbehrlich für mich ist:
Katharina: Meine Familie – und ein Eis zwischen den Terminen. Dann geht es mir gut.
Ludwig: Zeit mit der ganzen Familie in der Natur. So lade ich meine Akkus wieder auf.

So ist Bayern jenseits des Klischees:
Ludwig: Bayern ist voller warmherziger, ideenreicher und zupackender Menschen. Wer so viel im Freistaat unterwegs ist wie Katha und ich, der weiß: Die Bayerinnen und Bayern haben viel mehr drauf als ihre derzeitige Regierung.
Katharina: Bayern ist bunter und die Menschen deutlich bescheidener, als mancher denken mag.

Der schönste Pflichttermin im Wahlkampf:
Katharina: Festzelte mit gut gelaunten Menschen, Obazda, Spezi, Dirndl und Lederhosn. Da herrscht die beste Stimmung bei den Reden.
Ludwig: Townhalls. Dort erfährt man, was die Menschen umtreibt und kann Lösungen diskutieren. Heißer Schlagabtausch inklusive. Gibt es am Ende mehr Zustimmung für unsere grüne Politik, freut mich das richtig.

Rock am Ring oder Heimatsound Festival?
Katharina: Heimatsound Festival. Und als Kind der 90er feiere ich jede Party, auf der Backstreet Boys und Spice Girls gespielt werden. #don't judge
Ludwig: Baustellenradio. Wenn gute Freunde dabei sind, passt eh jeder Sound.

Die große Qualität von Katharina ist:
Ludwig: Ihre unbändige Energie, ihre positive Einstellung, ihre Leidenschaft für die Innenpolitik, ihr Talent für Festzeltreden. Ihr zuzuschauen, wie sie die Menschen für sich gewinnt, ist immer wieder faszinierend.

Ludwig ist unschlagbar, wenn es um …
Katharina: … Umwelt- und Klimaschutzpolitik geht. Bei Fakten, Zahlen Verordnungen macht ihm so schnell keiner was vor. Er schafft es, Bündnisse jeder Art zu schmieden und auch Menschen von unseren Ideen zu überzeugen, die mit uns Grünen eigentlich nichts am Hut haben.

Was macht euch Mut?
Katharina und Ludwig: Menschen. Die Bayer*innen, die Ukrainer*innen helfen, Bienen retten oder sich für Kinder einsetzen. Das macht eine gute Gemeinschaft aus. Für diese Menschen machen wir Politik.

IN DIE SCHULEN GEHEN!

FRIEDRICHSDORF, HESSEN
25.662 EINWOHNER*INNEN

„Vier ganz unterschiedliche Stadtteile wurden durch die Gebietsreform 1972 zur Stadt Friedrichsdorf. Mitten im Ballungsraum Rhein-Main und dank des nahegelegenen Taunus bietet Friedrichsdorf eine tolle Wohnlage, und es gibt hier viele erfolgreiche mittelständische Unternehmen. Die Grünen sind mit knapp über 30 Prozent stärkste Kraft und stellen seit 26 Jahren den Bürgermeister. Horst Burghardt war 24 Jahre lang Amtsinhaber – und vor zwei Jahren gelang es hessenweit erstmals, dass ein direkt gewählter grüner Bürgermeister einem Grünen folgt. Wir haben einiges bewirkt, aber es bleibt viel zu tun. Demnächst wollen wir die Stadthalle samt Feuerwehrhaus auf Wärmepumpen umstellen, eine große Brachfläche, die bisher ausschließlich als Parkplatz dient, soll komplett neu und nachhaltig gestaltet und ein Mobilitätskonzept entwickelt werden. Vielleicht hilft mir mein früherer Beruf als Pianist und Dirigent, viele unterschiedliche Stimmen und Meinungen zu einem Ganzen zusammenzufügen. Gute Antennen kann man da brauchen. Überhaupt ist mir eine klare und offene Kommunikation extrem wichtig. Ich habe einen engen Draht zum Seniorenbeirat, der bei uns sehr aktiv ist. Man trifft mich aber auch öfters mal in unserer Gesamtschule an, die ich früher selbst besucht habe. Zuletzt übrigens heute morgen beim Spendenlauf. Manchmal spreche ich mit Klassen, um zu erklären, wie hier im Rathaus Entscheidungen getroffen werden. Die Schüler*innen sollen spüren, dass sie sich in die Politik einmischen können.“

LARS KEITEL

53, war Pianist, Dirigent und grüner Stadtverordneter, ehe er 2021 zum Bürgermeister von Friedrichsdorf gewählt wurde.

Was reizt dich an Kommunalpolitik?

JENA, THÜRINGEN
108.857 EINWOHNER*INNEN

„Was wir in der Lokalpolitik entscheiden, kann für die Bürger*innen wichtiger sein als ein Bundestagsbeschluss. Die Menschen erzählen mir von ihren Wünschen, Ideen, Problemen. Gemeinsam suchen wir dann Lösungen. Eines meiner Herzensprojekte sind die barrierefreien Spaziergänge. Mit Familien, bei denen ein Kind oder ein*e Erwachsene*r im Rollstuhl sitzt, fahren wir Wege ab und schauen: Wo muss der Bordstein abgesenkt werden, wo braucht es eine andere Türöffnung, wo eine Rampe? Wichtig ist mir auch der Schutz von Frauen. In Thüringen sind jährlich 2.400 Frauen von Gewalt betroffen. Es fehlen landesweit aber viele Plätze in Frauenhäusern. Auf der Delegiertenkonferenz der Thüringer Grünen habe ich mit der LAG Feminismus einen Antrag eingebracht, der im Juli zu einem Gesetzesentwurf der rot-rot-grünen Koalition geführt hat. Künftig soll es in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Schutzwohnungen geben, die über den Landeshaushalt finanziert werden. Bei der letzten Kommunalwahl haben wir in Jena fast 20 Prozent der Stimmen geholt. Um 2024 an diesen Erfolg anzuknüpfen, müssen wir Grüne stärker im Umland präsent sein. Die Devise: dahin gehen, wo es für uns herausfordernd wird, wo wir uns Menschen stellen, die ganz anderer Meinung sind. Dass wir die Zeit und Zugänge dafür haben, ist ein Vorteil der Kommunalpolitik.“

KATHLEEN LÜTZKENDORF

ist seit 2019 Ortsteilbürgermeisterin in Jena, Stadträtin und seit 2022 Co-Fraktionsvorsitzende für Bündnis 90/Die Grünen in Jena. Sie arbeitet im Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

JOHANNES BRINK

ist Stadtrat im sächsischen Freiberg und war 2022 als Oberbürgermeisterkandidat aufgestellt. Er sitzt im Kultur-, Bildungs- und Sozial- sowie im Verwaltungs- und Finanzausschuss.

FREIBERG, SACHSEN
39.826 EINWOHNER*INNEN

„Freiberg liegt in der Mitte von Sachsen, am Fuße des Erzgebirges. Wir Grüne haben zwei Sitze im Stadtrat, während die AfD mit acht Sitzen die größte Fraktion stellt. Keine leichte Aufgabe – genau deshalb braucht es Akteur*innen, die Kraft und Zeit mitbringen, dagegenzuhalten, sich klar abzugrenzen. Es liegt an uns, vor Ort die Demokratie zu stärken. Auch als kleine Fraktion können wir Akzente setzen, wenn wir langfristig daran arbeiten. Einfluss entsteht dadurch, dass wir immer wieder Debatten anstoßen und Anträge einbringen: So hat der Stadtrat Anfang 2021 die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes beschlossen. Wir bleiben hartnäckig daran, dass es jetzt auch umgesetzt wird. Um gegen den Rechtsruck vorzugehen, müssen sich mehr Bürger*innen, die hinter demokratischen Werten stehen, aktiv einbringen. Manche sehen hier eine Bringschuld bei der Politik und gestalten selbst nicht mit. Deshalb wollen wir Demokratie greifbar machen: den Menschen zeigen, dass sich etwas ändern lässt, wenn sie sich beteiligen. Die junge Generation liest aber weder das Amtsblatt noch finden wir sie auf Facebook. Hier müssen wir uns auf neuen Plattformen vernetzen. In der Kommunalpolitik wird es einfach immer konkret, das schätze ich sehr.“

KLEINMACHNOW, BRANDENBURG
20.282 EINWOHNER*INNEN

„Veränderungen vor Ort zu sehen, nicht nur auf dem Papier – das ist für mich das Schönste an Kommunalpolitik! Vor zwei Jahren hatte ich zum Beispiel die Idee der Bienenbushaltestellen. Jetzt wächst auf den Dächern der neuen Wartehäuschen eine Art Miniwiese, die Insekten Nahrung bietet und so zum Artenschutz beiträgt. Außerdem speichert sie Regenwasser und kühlt dadurch die umliegende Luft. Das macht das Warten bei Hitze angenehmer. Umweltschutz verbessert immer auch den Alltag der Menschen! In Kleinmachnow sind die Bus-Stopps einer von vielen kleinen Schritten in Richtung unseres Ziels einer klimaneutralen Kommune. Für unsere Gemeinde ist es wichtig, dass die Parteien hier am gleichen Strang ziehen: Fraktionsübergreifend haben wir am Anfang der Wahlperiode beschlossen, Klimaneutralität bis 2035 umzusetzen. In Kleinmachnow ist Grün gut aufgestellt – aber vielerorts in Brandenburg wächst der rechtsextreme Druck. Das schüchtert manche ein. Die Herausforderung für die Kommunalwahl 2024: Bürger*innen dazu motivieren, sich trotzdem einzubringen. Als Landesverband machen wir unter anderem eine intensive Frauenförderung für Kommunalpolitik, denn dort sind sie besonders unterrepräsentiert. Rhetorik-Training, Ziele-Coachings und Austausch mit erfahrenen Politikerinnen sollen Frauen Mut geben, ein eigenes Amt zu übernehmen.“

ALEXANDRA PICHL

ist Landesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin des Landesvorstands Brandenburg. Als Spika verhalf sie den Grünen in Kleinmachnow 2019 zum Wahlsieg und leitet seitdem die Fraktion.

Protokolle: Kassandra Schneider

BEHARRLICH BLEIBEN!

BAD CAMBERG, HESSEN
14.294 EINWOHNER*INNEN

Ein Spaziergang zwischen alten Buchen und Eichen, in 28 Meter Höhe: Im Mai 2023 wurde der Baumwipfelpfad Bad Camberg eröffnet. Eine beeindruckende Holzkonstruktion führt 800 Meter lang über die Kronen der Bäume. „Ein in der Region einmaliger Ort, den es ohne unser Engagement nicht geben würde“, sagt der grüne Stadtverordnete Dieter Oelke. „Der Kreis Limburg-Weilburg ist eine konservative Region. Eigentlich hat überall die CDU das Sagen. Aber wir geben nicht auf.“ Seit Jahren organisieren die Grünen permanent zahlreiche Veranstaltungen. „Auch in der Stadtverordnetenversammlung bringen wir unsere Themen mit großer Beharrlichkeit auf die Tagesordnung“, betont Oelke. Neben dem Baumwipfelpfad haben sich die Grünen in der Kurstadt erfolgreich für sauberes Trinkwasser und die Errichtung von Stolpersteinen eingesetzt, die an Opfer des Nationalsozialismus erinnern. „Last not least ist im Oktober 2022 ein großer, privater Solarpark in Betrieb genommen worden, für den wir uns stark gemacht hatten“, sagt Oelke. Die rund vier Megawatt große Anlage erzeugt Solarenergie, die den jährlichen Strombedarf von rund 1.550 Haushalten decken kann.

DIETER OELKE

75, ist Lehrer und Gründungsmitglied der Grünen in Deutschland und Hessen. Er gehörte dem ersten grünen Landesvorstand in Hessen an, war mehrfach Kreistagsabgeordneter und ist seit 1985 Stadtverordneter in Bad Camberg und Vorsitzender des Umweltausschusses.

ZUR MITMACHSTADT WERDEN!

KELKHEIM, HESSEN
29.112 EINWOHNER*INNEN

„Elterntaxis“ machen das Überqueren der Straße zum Hindernislauf für Kinder, die zu Fuß gehen. Aufgestellte Mülltonnen versperren in schöner Regelmäßigkeit Rollstuhlfahrenden den Bürgersteig. Im Kindergarten steht eine Gebührenerhöhung an. Wo immer es klemmt, ist Albrecht Kündiger vor Ort, hört sich Standpunkte an, diskutiert, erklärt. Das gehört zu seinem Konzept einer „Mitmachstadt“, das der Bürgermeister, seit er 2015 erstmals ins Amt gewählt wurde, konsequent umsetzt. „Politik wird nicht in Gremien gemacht und nicht in Sitzungssälen, sondern mitten auf der Straße“, sagt Kündiger. „Würde ich warten, bis jemand mit seinem Anliegen ins Rathaus kommt, säße ich immer den gleichen Leuten gegenüber und würde viele Bürger*innen gar nicht erst erreichen.“ Der Besuch des Wochenmarkts ist für ihn deshalb jeden Samstag Pflicht – „da bekomme ich mehr mit als in jeder Bürgersprechstunde.“ Und auch die Wünsche der Kinder nimmt Kündiger ernst: Die Stadt ließ auf einem Spielplatz ein Baumhaus errichten. Seine Strategie des Vermittelns und Erklärens hilft inzwischen auch, wenn unliebsame, aber unausweichliche Maßnahmen umgesetzt werden müssen. 2022 etwa musste Kündiger den Wassernotstand verhängen und Autowaschen, Rasensprengen oder das Befüllen von Pools verbieten, um die Versorgung mit Trink- und Löschwasser sicherzustellen. „Das stieß nicht nur auf Verständnis. Tatsächlich ist es, neben geographischen und geologischen Gegebenheiten, auch der Lebensstil unserer zum Teil recht wohlhabenden Bevölkerung, der den Wassernotstand mit ausgelöst hat.“ Inzwischen prangt auf der Startseite der Stadt-Website unübersehbar eine „Wasserampel“, die anzeigt, wie verschwenderisch oder sparsam gerade mit Wasser umgegangen werden kann. „Wir merken, dass die Menschen ein immer größeres Bewusstsein dafür entwickeln, warum was notwendig ist.“

ALBRECHT KÜNDIGER

65, ist seit 43 Jahren in der Kommunalpolitik: als Stadtverordneter, Abgeordneter im Kreistag des Main-Taunus-Kreises und seit 2015 als Bürgermeister. Er ist vor Ort seit 65 Jahren der erste Politiker in diesem Amt, der nicht der CDU angehört.

DIE JUNGEN STÄRKER EINBINDEN!

UNTERSCHLEISSHEIM, BAYERN
30.914 EINWOHNER*INNEN

„Die Bundestagswahl 2017 war für mich ganz schön bitter: Wochenlang bin ich vorher von Haustür zu Haustür gezogen und an den Wahlkampfständen gestanden. Selbst wählen durfte ich aber nicht – ich wurde erst drei Wochen später 18. Ich finde es wichtig, Jugendliche und junge Erwachsene stärker in die Politik einzubeziehen. Gerade auch auf kommunaler Ebene werden ihre Positionen bislang kaum gehört. Das liegt zum einen daran, dass sie eher von den großen, globalen Themen politisiert sind als von lokalen Debatten. Auf der anderen Seite wird es ihnen aber auch nicht leicht gemacht, sich vor Ort zu engagieren und etwa für einen Sitz im Stadtrat zu kandidieren. Die Uhrzeiten, zu denen die Sitzungen stattfinden, orientieren sich eher an den Tagesabläufen von Menschen, die schon älter sind, als an denen von Studierenden. Und eine Onlineteilnahme, wie sie auch für junge Eltern wichtig wäre, ist kaum möglich. Wer studiert, kann sich zudem schwer auf sechs Jahre festlegen – ein Auslandssemester oder ein Uniwechsel wären mit einem Mandat unvereinbar. Deshalb setze ich mich für hybrid abgehaltene Sitzungen und für mehr Flexibilität bei Regelungen ein, die das Nachrücken von jungen Kanidat*innen erleichtern. In Unterschleißheim habe ich einen Jugendbeirat initiiert, der Jugendlichen eine Stimme geben soll, die im Stadtrat gehört wird – auch bei baulichen Entscheidungen, etwa der Neugestaltung unseres Stadtzentrums. Wer aktiv mitgestalten kann, bleibt auch eher in seiner Heimat.“

BERNHARD SCHÜSSLER

23, wuchs in Brasilien auf und erlebte die Folgen der Brandrodungen im Amazonasgebiet hautnah. Seit er 16 ist, engagiert er sich bei den Grünen; seit 2022 sitzt der Politik-Student im Stadtrat. Weil er wegen einer Erbkrankheit fast blind ist, gehört neben Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit auch Inklusion zu seinen Themen.

Team Hessen

Am 8. Oktober 2023 findet die Wahl zum 21. Hessischen Landtag statt. Unser Spitzenduo: Wissenschaftsministerin Angela Dorn und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir.

Warum Grün für Hessen?
Angela: Wir stehen angesichts der Klimakrise, digitaler Transformation und der Inflation vor großen Veränderungen. Die einen sagen: Wählt uns, mit uns wird sich nichts verändern. Die anderen sagen: Wählt uns, mit uns werdet ihr die Veränderungen nicht spüren. Das ist nicht ehrlich, deshalb sagen wir: Wählt uns, denn wir wollen die Veränderungen gestalten und der Gesellschaft neue Chancen eröffnen.
Tarek: Wir haben seit 2014 in Regierungsverantwortung sehr viel erreicht: Wir haben einen Plan zur Klimaneutralität bis 2050 vorgelegt und bei den Erneuerbaren aufgeholt. Wasser und wertvolle Ökosysteme sind jetzt besser geschützt, mehr Fläche wird ökologisch bewirtschaftet. Wir haben investiert in ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum, in die Kommunen und in sozial- und bildungspolitische Initiativen. Als kleinerer Partner in der Koalition stoßen wir aber immer wieder an Grenzen; deshalb gibt es jetzt einen Dreikampf um die hessische Staatskanzlei.

Ein grüner Ministerpräsident kann …
Tarek: … den Menschen Mut machen, neue Wege zu gehen und gleichzeitig Halt und Orientierung bieten. Es macht einen großen Unterschied, welche Partei den Ministerpräsidenten stellt und damit die Leitlinien der Politik bestimmt.

Bilder: Grüne Hessen

ANGELA DORN UND TAREK AL-WAZIR

Angela Dorn, seit 2009 MdL, leitet seit Januar 2019 das Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Tarek Al-Wazir ist seit 2014 stellvertretender hessischer Ministerpräsident und aktuell Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Mehr: https://landtagswahl.gruene-hessen.de

Das hat mich geprägt:
Angela: Mein Elternhaus, meine Studienzeit in Marburg und die Arbeit bei der forensischen Psychiatrie in Haina.
Tarek: Meine Mutter, die mich zu den ersten Demonstrationen mitnahm und mein Vater, der mir eine ganz neue Welt im Jemen eröffnet hat – und immer wieder Menschen, die mich zum Nachdenken gebracht haben.

Was tun gegen Zukunftsangst?
Angela: Gut regieren. Das bedeutet, nah an den Menschen zu sein, ihre Sorgen und Nöte ernst nehmen und Hilfestellungen geben. Aber auch den Mut haben zu handeln.
Tarek: Zuhören, erklären, handeln: sagen, was man tut – und tun was man sagt.

Kompromiss oder Konfrontation?
Angela: Ich bin eine Anhängerin von Kompromisslösungen. Wenn ein politischer Gegner allerdings überhaupt nicht gewillt ist, sich an demokratische Regeln zu halten und fortwährend Populismus betreibt, bleibt manchmal nur die Konfrontation.
Tarek: Politische Kontroversen brauchen gerade auch im Wahlkampf Inszenierung, plakative Slogans und pointierte Rhetorik. Aber Polarisierung hat ihre eigene Dynamik: Lagerdenken verdrängt die Sachfragen. Dann werden politische Differenzen persönlich. Darum langfristig immer Kompromiss.

Was bewegt die Menschen in Hessen?
Angela: Die Menschen haben viele Fragen. Was ist mit dem Zukunftsversprechen, dass Kinder es einmal besser haben sollen als ihre Eltern? Reicht es, hart zu arbeiten, um seinen Lebenstraum finanzieren zu können? Was tun, wenn die Folgen des Klimawandels schon jetzt so spürbar sind?

Was kann Deutschland von Hessen lernen?
Angela: Wir haben in Hessen bewiesen, dass sich ohne die alten Kulturkämpfe viele neue Perspektiven und Möglichkeiten auftun.
Tarek: Es ist in einer Koalition immer besser miteinander statt gegeneinander zu regieren. Das ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Hessen braucht mehr …
Angela: … Demokratinnen und Demokraten, die um die Zerbrechlichkeit unserer Staatsform wissen und sich aktiv für die Demokratie einsetzen.

Wer mich beeindruckt:
Tarek: Volker Bouffier. Er hat in der ersten Sondierungsrunde mit seinem Satz „Jetzt stellen wir uns alle mal vor, der andere könnte vielleicht auch Recht haben“ unsere erste schwarz-grüne Koalition überhaupt erst möglich gemacht hat.
Angela: Angela Merkel und Annalena Baerbock.

So kriege ich den Kopf frei:
Tarek: Wenn ich mit meinen Söhnen bei einem Spiel der Offenbacher Kickers bin.
Angela: Bei Wanderungen mit meinen Kindern und meinem Mann, auf denen wir abends dann unser Zelt in der Natur aufbauen.

An Angela schätze ich:
Tarek: Ihre Intelligenz und Ruhe, mit der sie komplizierte Prozesse koordiniert und dabei alle Beteiligten mitnimmt. So können die Ergebnisse dann auch von allen mitgetragen werden.

Tarek ist ein sehr begabter…
Angela: … Redner mit unglaublich viel Wissen und vielen guten Anekdoten aus seinen fast 30 Jahren in der Politik. Ich schätze, dass er sich treu ist und immer auch das Ende bedenkt.

Wenn wir gewinnen…
Tarek: …werden wir viele neue Projekte anstoßen. Zum Beispiel einen Klima- und Transformationsfonds mit 6 Milliarden Euro einrichten. Es wird 60.000 neue Wohnungen und 20.000 neue Kita-Plätze geben.
Angela: …werden wir den „Hessenpass Kultur und Freizeit“ für Menschen mit keinem oder geringem Einkommen einführen, die Betreuungsgarantie in der Grundschule für einen pädagogischen Aufbruch nutzen und bis 2030 insgesamt 30 Millionen neue Bäume pflanzen.

SICHERE ORTE SCHAFFEN!

80337 MÜNCHEN, BAYERN
1.588.330 EINWOHNER*INNEN

Du bist Kreisverwaltungsreferentin. Was ist das?
Ganz vereinfacht gesprochen bin ich als Leiterin dieser Behörde so etwas wie die Innenministerin von München. Dass die Grünen den Bereich Sicherheit und Ordnung und Bürger*innenrechte besetzen, ist neu und wichtig.

In dieser Rolle warst du neulich auf dem Rammstein-Konzert.
Konzerte und Veranstaltungen sind ein präsentes Thema im Kreisverwaltungsreferat (KVR). Ich hab die Belebung des öffentlichen Raums ganz gezielt auf die Agenda gesetzt. Bei Rammstein kam ein Aspekt dazu, der mir sehr am Herzen liegt: die Sicherheit von Frauen. Als wir der erste Spielort der Band nach diesen Vorwürfen waren, fragten wir uns sofort, wie wir damit umgehen sollten. Juristisch konnte man nichts unternehmen. Aber wir wollten auch nicht einfach zuschauen, wie die ihr Ding durchziehen. Erstmal haben wir uns um die Row Zero gekümmert. Eine klare Angelegenheit, weil sowieso nur Ordner*innen und Sanitäter*innen in den Bühnengraben dürfen. Wir waren mit einer großen Man- und Womanpower auf dem Konzert, um die Situation zu checken. Wir wollten uns etwa ein Bild von dem Awareness-Team machen, das der Veranstalter auf unser Anraten eingesetzt hatte. Das ist ja eine Maßnahme, die in Deutschland noch ganz neu ist, ähnlich den Safe Spaces, wo sich Menschen zurückziehen und eine sozialpädagogische Betreuung bekommen können. Zusätzlich haben wir noch unsere Frauennachttaxigutscheine verteilt. Sie sind als Unterstützung für Frauen gedacht, die aus Sicherheitsgründen nach 22 Uhr Taxi fahren wollen. Das KVR bietet sie in allen Außenstellen an.

München gilt bei Jugendlichen eher als lame. Was kann man ausgerechnet als Beamtin dagegen tun?
Wir haben als Stadt begriffen, dass Jugendliche – und übrigens nicht nur die –, Orte brauchen, an denen sie feiern können. Wir begrüßen es, dass Partys unter freiem Himmel stattfinden und das sprechen wir auch mit der Polizei so ab. Wir wollen Veranstaltungen nicht nur dulden, sondern sie aktiv unterstützen. Ein Beispiel: Bisher haben wir die Orte vorgegeben, an denen Strandveranstaltungen stattfinden können. Nach unserem neuen Stadtratsbeschluss sollen nun die Kreativen coole Plätze vorschlagen und wir überprüfen dann nur, ob das von unserer Seite hinhaut. Und die Genehmigung wird für einen viel längeren Zeitraum als bisher ausgestellt. Damit sich die Investition für die Veranstaltenden auch lohnt. Wir sind stolz darauf, dass es an der Brücke unterhalb des Landtags bereits einen neuen Isarstrand gibt. Das war für mich bisher ein Unort, der durch die Maßnahme total aufgewertet wurde.

Das klingt, als wolltest du noch so einiges bewegen …
Wir wollen Flächen zurückerobern. Öffentlicher Raum wurde lange Zeit bloß als ein Ort verstanden, auf dem man von A nach B kommt. Reine Verkehrsfläche. Und auf einmal stellen wir fest, dass wir uns dort auch aufhalten können. München war und ist eine liberale Großstadt, die vielleicht mal wieder etwas mehr Mut braucht, um Sachen auszuprobieren. Als Stadt können wir die Nutzung von Straßen und Plätzen drastisch verändern, indem wir Hochbeete, Parklets, Terrassen oder Schanigärten (temporäre Außensitze auf umgenutzten Parkplätzen, Anm. d. Red.) zulassen. Dadurch gewinnen wir als Kommune Räume, die wir komplett umdefinieren können. Bei den Schanigärten war der Aufschrei erst riesig, die Beschwerdewelle enorm, und jetzt, im dritten Jahr, will sie keine*r mehr missen. Es braucht bei solchen Sachen Geduld und offene Kommunikation. Da wird ja nix hinbetoniert. Wenn etwas nicht passt, wird es halt nachgebessert.

DR. HANNA SAMMÜLLER-GRADL

39, ist Juristin und Verwaltungswissenschaftlerin. Seit Juli 2022 bekleidet die ehemalige Vorsitzende der Münchner Grünen das Amt der Kreisverwaltungsreferentin. Sie ist Mitglied im ThinkTank30 des Club of Rome und in der Petra-Kelly-Stiftung.

SELBER MACHEN UND VORREITER SEIN!

82049 PULLACH, BAYERN
9.101 EINWOHNER*INNEN

Als Bürgermeisterin muss sich Susanna Tausendfreund um vieles kümmern. Das geplante Familien- und Seniorenzentrum etwa, die Sanierung der Grundschule, Hilfstransporte für die ukrainischen Partnerstädte oder das anstehende Windparkprojekt. Dann wären da noch der teilweise Kauf des Stromnetzes vom bisherigen Netzbetreiber, der Schutz der Isarhangwälder als Naturwaldreservat und die Umstellung der gemeindlichen Beleuchtung auf LED. Dass die Grüne trotzdem noch Zeit für die Pflege ihres „Dschungels“ findet, wie sie die stattliche Sammlung an Topfpflanzen in ihrem Büro nennt, ist Ehrensache. Und überhaupt mag Tausendfreund ihre Rolle als Gemeindeoberhaupt viel zu gern, um sich über die Aufgabenfülle zu beschweren. „In diesem Amt kannst du wirklich was bewegen“, sagt sie. Und bewegt hat Tausendfreund so einiges.

Um über eines ihrer wichtigsten Projekte zu reden, überquert die Bürgermeisterin die Straße. Schräg gegenüber des Rathauses sitzt die „Innovative Energie für Pullach GmbH“ (IEP). In einem schicken Büro mit großen Plänen an der Wand wird die Wärmewende seit Langem mit Riesenschritten vorangetrieben. Als die grüne Landtagsfraktion 2001 ein Fachgespräch zur Geothermie anbot, war Tausendfreund MdL und begeistert. Im Süden Bayerns sind die Voraussetzungen optimal, um Wärme aus dem Erdinneren zu gewinnen. Dafür müsste man nur den riesigen Vorrat an heißem Wasser anzapfen, der in Pullach etwa 3.500 Meter tief unter der Erdoberfläche gespeichert ist. Zum Glück, sagt Tausendfreund, konnte der Gemeinderat damals davon überzeugt werden, die Erschließung der Geothermie in die eigenen kommunalen Hände zu nehmen. Heute werde mehr als die Hälfte des Ortsgebiets mit klimaneutral gewonnener Energie versorgt: unabhängig von Weltmarktpreisen. „In nicht allzu ferner Zukunft“, hofft die Bürgermeisterin, „wird ganz Pullach an das Fernwärmenetz angeschlossen werden können.“ Ein sauberes, nachhaltiges und für die gemeindliche Gesellschaft profitables Geschäft. Auch die Nachfrage der Bürger*innen und der Industrie nach der zukunfts- und krisensicheren grünen Energie ist enorm.

Dann übergibt Tausendfreund ihrem Parteikollegen Helmut Mangold das Wort. Er ist seit zehn Jahren IEP-Geschäftsführer, vorgeschlagen für den Posten übrigens vom damaligen CSU-Bürgermeister: „In den letzten beiden Jahrzehnten war in Bayern absoluter Stillstand bei der Förderung erneuerbarer Energie und speziell von Wärmeprojekten.“ Dabei habe Geothermie sogar eine sechs- bis zehnfach höhere Effizienz als die Wärmepumpe. „Auf den Landkreis München umgerechnet, spart man durch die Nutzung der Geothermie die Leistung eines halben Atomkraftwerks“, sagt Mangold. Um sich in Zukunft gegenseitig absichern zu können, strebt Pullach die Vernetzung mit umliegenden Geothermie-Netzen an. Es gibt Expert*innen, die schätzen, dass die thermalwasserführende Gesteinsschicht im Süden Bayerns die Hälfte des Wärmebedarfs im kompletten Freistaat abdecken könne. Gute Nachrichten, finden Mangold und Tausendfreund: „besonders für das Stromentwicklungsland Bayern“.

SUSANNA TAUSENDFREUND

60, ist Erste Bürgermeisterin von Pullach und Kreisrätin. Zuvor arbeitete sie als Rechtsanwältin und war zwei Wahlperioden lang Mitglied des Bayerischen Landtags. In den Pullacher Gemeinderat war sie erstmals im Alter von 21 Jahren gewählt worden.

IEP-Geschäftsführer Mangold (mit Helm) erklärt das Potenzial der Geothermie. In zwei bis drei Jahren sollen nahe der Gemeinde auch sechs Windräder ans Netz gehen – auch diese in kommunaler Hand.

Bild: Sonja Herpich, M. Burger

GRÜNE PIONIERARBEIT LEISTEN!

WITZENHAUSEN, HESSEN
15.005 EINWOHNER*INNEN

Du bist Stadtverordnete und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Biostadt in Witzenhausen. Was sind Biostädte?
Ein Netzwerk von Städten mit dem Ziel, die Vermarktung von Bioprodukten anzukurbeln und Biobetriebe zu fördern. Wir waren 2017 einer der ersten Orte, die dazugehörten, und zählen zu den kleinsten Mitgliedern. Städte wie Bremen oder Nürnberg haben dafür fest angestellte Mitarbeitende. Wir machen das ehrenamtlich. Ich habe als Grüne den Vorsitz der AG. Zusammen mit der Öko-Modellregion haben wir einen Bio-Feierabendmarkt samt Gastronomie ins Leben gerufen, der von April bis Oktober einmal im Monat stattfindet. Dort können ökologische Anbieter*innen aus der Region ihre Produkte präsentieren. Witzenhausen stellt auch gerade die Verpflegung in den Kitas auf Bio um und achtet darauf, dass die städtischen Pachtflächen ökologisch bewirtschaftet werden.

Du arbeitest an der Uni Kassel – am Standort Witzenhausen – im Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften.
Seit 1981 gibt es in Witzenhausen die weltweit erste Professur für Ökologische Landwirtschaft und seit 1996 die erste Fakultät für Ökologische Agrarwissenschaften überhaupt. Das sind schon Meilensteine. Ohne Witzenhausen etwa gäbe es bundesweit keine Grüne Tonne. Das Konzept wurde hier vor 40 Jahren von einem studentischen Team entwickelt. Inzwischen haben wir 1.200 Studierende und etwa 250 Mitarbeitende.

CHRISTIANE WEILER

30, ist Agrarwissenschaftlerin, Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete in Witzenhausen. Sie promoviert über ökologischen Pflanzenschutz.

ERKLÄREN, WARUM ETWAS NICHT KLAPPT!

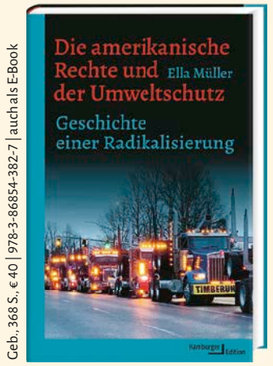
EISELFING, BAYERN
3.262 EINWOHNER*INNEN

„Ich bin seit 2014 Bürgermeister in Eiselfing, einem Ort im tiefschwarzen Chiemgau. Ich war nicht nur im Dorf, sondern im kompletten Landkreis Rosenheim der erste Grüne in diesem Amt. Mir sagen viele Leute: ‚Wir haben dich gewählt, obwohl du ein Grüner bist.' Aber natürlich mache ich grüne Politik. Manchmal gibt es Themen, von denen man glaubt, dass man sie nie durchbekommt – und plötzlich stimmen alle dafür. So war es bei unserem Share-Elektrofahrzeug. Das Auto steht direkt unter meinem Bürofenster vor dem Rathaus, und es wird gut genutzt. Oft vielleicht nur aus Neugier, die Registrierung ist ja umsonst. Aber so spricht sich das Angebot herum. Und wenn das Fahrzeug nicht gebucht wird, steht es Gemeindemitarbeitenden für Dienstfahrten zur Verfügung. Bei der Busanbindung haben wir leider noch Defizite. Immerhin verkehrt jetzt eine Linie Richtung umliegende Städte im Stundentakt, dank einer Initiative der grünen Kreistagsfraktion. Auch der Ausbau der Radwege ist nicht einfach. Es müssen noch einige Lücken geschlossen werden, aber viele Grundstückseigentümer*innen spielen nicht mit. Es ist ganz wichtig, den Bürger*innen dann auch mal zu erklären, warum etwas nicht klappt. Transparenz sorgt für ein viel besseres Klima in der Gemeinde. Dabei hilft auch unsere Bürger*innenApp, die ein Startup aus der Region maßgeschneidert für uns entwickelt hat. Mit wenigen Klicks bekommt man alle relevanten Infos über die Gemeinde und die Region. Die User*innen können ganz einfach defekte Straßenlaternen melden und die Gemeinde kann Push-Nachrichten verschicken, wenn es etwas ganz Dringendes gibt. Die App wird extrem gut angenommen. Kommunikation ist ja wichtig, damit sich die Bürger*innen am Ortsleben beteiligen können. Ein anderes Beispiel für eine überraschend einfache Lösung war unser Beschluss, in unserem Bebauungsplan Mehrfamilienhäuser zu ermöglichen – um Flächen zu sparen, aber auch, damit Normalverdienende das besser finanzieren können. Ein Gebäude mit neun Wohnungen haben wir für den sozialen Wohnungsbau reserviert. Die Häuser haben wir in einer hochwertigen Holzmassivbauweise errichten lassen, mit einem sehr hohem Energiestandard und Anschluss an das Nahwärmenetz.“

GEORG REINTHALER

38, ist seit 2014 Bürgermeister von Eiselfing und wurde 2020 mit 91 Prozent der Stimmen wiedergewählt.

ANZEIGE



Geb., 368 S., € 40 | 978-3-86854-382-7 | auch als E-Book

Konservatismus und Kulturkampf in den USA

Proteste gegen Parks, Artenschutz, Abgasregulierungen oder erneuerbare Energien sind heute ein fester Bestandteil der konservativen Agenda in den Vereinigten Staaten. Wie konnte es dazu kommen?

Hamburger Edition
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH | Mittelweg 36, 20148 Hamburg

Europagruppe Grüne

In dieser Ausgabe schreiben eure Europaabgeordneten über ihre Arbeit und Initiativen im Europäischen Parlament und darüber, wie wir Grüne mit Werten, konkreten Politikvorschlägen und klaren Positionen Herausforderungen meistern können.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

GRÜNE TRANSFORMATION JETZT

Im Jahr 2019 sind wir mit Schwung und grüner Welle in das Europäische Parlament eingezogen und haben als bisher größte grüne Fraktion viel für den Green Deal erreicht: die Reform des Emissionshandels oder das Verbrenner-Aus. Die Wirtschaft ist bereit, und gemeinsam werden wir sie mit einer koordinierten europäischen Industriestrategie und Investitionen klimaneutral gestalten. Die Europäische Union muss zeigen, dass sie die Industrie verändern, aber auch weiterhin in Europa bauen, schmelzen und produzieren will. Mit einem Turbo für erneuerbare Energien schaffen wir eine klimaneutrale, wettbewerbsfähige Wirtschaft mit grünen Arbeitsplätzen. Dafür stehen wir als grüne Europafraktion, die fraktionsübergreifend und mit grünen Umwelt- und Energieminister*innen aus ganz Europa zusammenarbeitet. Wir wollen eine faire, grüne und solidarische Europäische Union, gemeinsam können wir sie aufbauen.

TERRY REINTKE
Europa braucht die grüne Transformation – nicht morgen, sondern heute. Viel haben wir erreicht. Gemeinsam können wir das schaffen. Infos zu meiner Arbeit auf www.terryreintke.eu

VISA BEDEUTEN SCHUTZ

Menschenrechtsverteidiger*innen kämpfen oft unter Einsatz ihres Lebens für Werte, die auch uns in der EU wichtig sind: Demokratie, Menschenrechte, Freiheit. Wir sollten sie dabei unterstützen – aber oft gelingt uns das nicht. Deshalb habe ich einen Bericht zum besseren Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen erarbeitet, der im Europäischen Parlament mit großer Mehrheit angenommen wurde. Er fordert unter anderem einen einfacheren Zugang zu Visa und mehr Präventionsarbeit. Eine von uns Grünen initiierte Studie der EU-Grundrechteagentur zeigt deutlich, dass Menschenrechtsverteidiger*innen nur unter Schwierigkeiten Visa bekommen – obwohl diese wichtig wären für ihre Arbeit oder um temporären Schutz zu finden. Ich streite dafür, dass wir gemeinsam mit der spanischen Ratspräsidentschaft pragmatische Lösungen finden, damit sich das ändert. So bringen wir den Menschenrechtsschutz konkret voran.

HANNAH NEUMANN
401 Menschenrechtsverteidiger*innen wurden 2022 getötet. Ich setze mich für besseren Schutz ein – mehr Infos: www.hannahneumann.eu

GENTECHNIK-SAATGUT BALD DIE NORM?

Es geht auf EU-Ebene um nichts weniger als um das Ausgangsmaterial unserer Nutzpflanzen: ihre DNA. Setzt sich die Agrarindustrie durch, wird zukünftig Saatgut, das mit der Genschere CrisprCas modifiziert wurde, mit konventionell gezüchtetem Saatgut gleichgesetzt. Es käme dann ohne Risikoprüfung auf den Markt. Eine solche Deregulierung der neuen Gentechnik würde das Vorsorgeprinzip über Bord werfen – denn welche Wechselwirkungen diese gentechnisch veränderten Pflanzen hervorrufen, ist völlig unklar. Zudem würde die Wahlfreiheit wegen fehlender Kennzeichnung unter den Tisch fallen. Auch die Patentfrage ist unklar. Keine schönen Aussichten! Ich streite dafür, dass unsere Zukunft ökologischen Methoden gehört und nicht vermeintlichen Technofixen.

MARTIN HÄUSLING
Ich möchte auch in Zukunft gentechnikfreies Saatgut auf den Feldern und gentechnikfreies Essen auf dem Teller.

KLARE KANTE GEGEN RASSISMUS

In Europa leben über 12 Millionen Menschen mit Romanes-Hintergrund. Sie sind zu großen Teilen einem massiven strukturellen Rassismus ausgesetzt. Laut einer aktuellen Studie würde ein Drittel der Menschen in Westdeutschland Sinti und Roma aus den Innenstädten verbannen, in Ostdeutschland liegt diese Zahl mit 44 Prozent sogar noch deutlich höher. Das ist purer Rassismus inmitten unserer Gesellschaft. Der Wahlsieg der AfD in Sonneberg ist ein politischer Dammbruch, der uns die Augen öffnen muss. Wir stehen nicht mehr am Anfang des Rechtsrucks in Deutschland und Europa, sondern sind bereits mittendrin. Die Rechte von Europas größter Minderheit müssen verteidigt werden – dafür streite ich im Europaparlament!

ROMEO FRANZ
Ich habe Rassismus oft selbst am eigenen Körper erlebt. Dieses Gefühl ist erdrückend und lässt einen alleine zurück. Lasst uns zusammenstehen!

MENSCHENRECHTE VERTEIDIGEN

Durch die chaotischen Asylrechtsverschärfungen, auf die sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt haben, ist ein funktionierendes EU-Asylsystem in weite Ferne gerückt. Nun geht es darum, in den Verhandlungen zwischen EU-Parlament und EU-Mitgliedstaaten möglichst viel herauszuholen. Es wird oberste grüne Aufgabe sein, legale Arbeitsmigration, sichere Fluchtwege, Rechtsdurchsetzung, eine gute Verteilung und menschenwürdige Bedingungen ins Zentrum der Debatte zu rücken. Wenn das gelingen soll, müssen wir als Grüne aktiv und laut Menschenrechte verteidigen und pragmatische Lösungen statt falscher Versprechen einfordern. Ich hoffe, dass wir die Debatte in die richtige Richtung lenken können. Sollte das nicht gelingen, werden wir falsche Lösungen am Ende ablehnen.

ERIK MARQUARDT
Vor meiner Zeit als Europaabgeordneter war ich Fotoreporter auf Fluchtrouten und nahm an mehreren Seenotrettungsmissionen teil.

GRÜNE EU-INDUSTRIEPOLITIK

Der Green Deal muss im Zentrum aller Gesetzgebung im Europaparlament stehen – auch wenn die konservative EVP-Fraktion dies torpediert. Wir brauchen für die grüne Transformation einen massiven Ausbau grüner Technologien, von Windkraftanlagen bis hin zu Batterien. Dazu gehören auch Halbleiter, etwa für mehr Energieeffizienz. Im EU Chips Act, der mit 3,3 Milliarden Euro die Halbleiterindustrie fördert, konnte ich für uns Grüne große Erfolge verhandeln, wie etwa einen Fokus auf umweltschonende Produktion. Das EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen, das ich federführend im Industrieausschuss verhandle, soll den Bedarf an kritischen Rohstoffen in Europa unter Einhaltung höchstmöglicher ökologischer und sozialer Kriterien sichern. Für eine wettbewerbsfähige grüne Industriepolitik – auf geht's!

HENRIKE HAHN
Ich streite für eine wettbewerbsfähige grüne Industriepolitik, damit Industrie, KMU und Start-Ups nachhaltig erfolgreich wirtschaften können.

MEERE ALS KLIMAHELDEN

Meere speichern CO_2 in ihrem Boden, in Seegras und in Algen. Sie sind unsere Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Um ihre klimaregulierende Wirkung und riesige Artenvielfalt zu erhalten, müssen wir sie dringend stärker schützen. Mehr zu meinen Forderungen zum Meeresschutz auf meiner Website:

SKA KELLER
www.skakeller.de

WIRTSCHAFTLICHE SICHERHEIT

Die EU hat eine neue Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit aufgelegt. Brüssel, das früher mit Geopolitik wenig am Hut hatte, beschäftigt sich mehr mit dem Zugang zu und der Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen. Bis Jahresende soll es konkrete Initiativen geben. Hoffentlich ohne neue Risiken in Form von löchrigen Gesetzen.

REINHARD BÜTIKOFER
www.reinhardbuetikofer.eu

REPARIEREN GEHT ÜBER WEGWERFEN

Schraubenzieher statt Mülltonne – das europäische Recht auf Reparatur ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft. Im EU-Parlament setze ich mich nun dafür ein, dass Verbraucher*innen nicht auf den Kosten von Reparaturen sitzen bleiben und sich die Gewährleistung an die Lebensdauer des Produkts anpasst.

ANNA CAVAZZINI
www.annacavazzini.eu

NEIN ZU ZWANGSSTERILISIERUNG

Nach jahrelangem feministischem Kampf hat das EU-Parlament im Sozialausschuss seine Position zur neuen EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen angenommen. Darin enthalten ist die Forderung, Zwangssterilisierungen endlich zu kriminalisieren. Dafür streite ich.

KATRIN LANGENSIEPEN
www.katrin-langensiepen.de

SONNENSTROM
FÜR ALLE

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Sozialstaat, Demokratie, Klimawende. Dafür brauchen wir keine leeren Parolen – wir brauchen eine ernsthafte Politik, die Soziales, Wirtschaft und Klima zusammen denkt. Eine Politik, die die Energiewende von unten ermöglicht. Ich arbeite im Europaparlament dafür, dass jede und jeder Sonnenstrom produzieren kann. Mit Solaranlagen am Fenster, Balkon oder Dach und in Energiegenossenschaften erzeugen wir günstigen, demokratischen und erneuerbaren Strom. So senken wir Stromrechnungen und schützen das Klima. Das ist „Power to the people".

Im Europaparlament habe ich das Klimagesetz und den Emissionshandel verhandelt. Jetzt arbeite ich an einem zu 100 Prozent erneuerbaren Strommarkt.

ANNA CAVAZZINI
Informationen zu meiner Arbeit im Europaparlament gibt es auf meiner Homepage www.annacavazzini.eu

FÖRDERMITTEL
REGIONEN STÄRKEN

Katastrophen wir die Fluten im Ahrtal oder in Italien erleben wir auf Grund des Klimawandels immer häufiger. Umso wichtiger ist es, betroffene Regionen während des Wiederaufbaus widerstandsfähiger zu machen und gefährdete Gebiete schon vorausschauend zu stärken. Wir haben in der EU 330 Milliarden Euro regionale Fördermittel. Schon bald wird wieder verhandelt, nach welchen Kriterien diese Gelder ab 2028 verteilt werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Stärkung der Regionen eine deutlich höhere Priorität bekommt und die Bürger*innen Mitspracherecht erhalten. Wir dürfen keine Gelder mehr an Projekte verschwenden, die nur scheinbar nachhaltig sind. Ich möchte, dass klar festgelegt wird: Wer künftig gefördert werden will, muss ökologische, nachhaltige und soziale Standards erfüllen.

NIKLAS NIENASS
Ihr habt Ideen für die Regionalförderung? Schreibt mir! Zusammen schaffen wir eine gerechtere, nachhaltigere und soziale Verteilung der Gelder.

STRASSE
ZAHLT SCHIENE

Ein leiser Erfolg: Vor zwei Jahren habe ich die Richtlinie zur Lkw-Maut in der EU weitgehend unbemerkt verhandelt, nun wird sie zu einer grünen Errungenschaft im Bund. Erstmals fließt Geld von der Straße zur Schiene. Wir Grüne haben den FDP-Verkehrsminister dazu gebracht, diese zukunftsweisende Querfinanzierung per Gesetz zu besiegeln. Ab Dezember wird die Lkw-Maut in Abhängigkeit von zurückgelegter Strecke und CO_2-Ausstoß verdoppelt. Damit wird ein wichtiger Verursacher des Klimawandels zumindest ansatzweise herangezogen, um die marode Infrastruktur der Bahn zu finanzieren. Genau das müssen wir weiterdenken. Ab 2027 verhandeln wir im EU-Parlament erneut über die Lkw-Maut und ich streite dafür, dass die wahren Kosten des Lkw-Verkehrs endlich 1:1 abgebildet werden.

ANNA DEPARNAY-GRUNENBERG
Im EU-Verkehrsausschuss streite ich für die Mobilitätswende.

MISSION
WIEDERAUFBAU

Schon seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges sind wir Grüne die verlässliche europäische Säule der Ukraine. Aber: Unsere Unterstützung darf nicht nach dem Krieg enden. Zusammen müssen wir weiterhin Hilfe für einen nachhaltigen, klimagerechten und feministischen Wiederaufbau generieren. Im Mai habe ich gemeinsam mit dem WWF und dem Basel Institute for Governance Akteur*innen aus den Bereichen Umweltschutz und Good Governance zusammengebracht. Für die Geberkonferenz in London, an der ich auf Einladung des ukrainischen Außenministeriums teilnahm, formulierten wir erste Schritte für einen nachhaltigen Wiederaufbau. Es geht nicht nur um militärische Fragen, sondern auch um eine grüne Zukunft des Landes. Die nächste Mission heißt dann: EU-Beitritt!

VIOLA VON CRAMON
Mehr zu meiner Arbeit als stellvertretende Vorsitzende der EU-Ukraine-Delegation auf violavoncramon.eu

GREEN DEAL
OHNE ABLAUFDATUM

Wir Grüne sind die einzige glaubwürdige Kraft im Kampf gegen die Triplekrise aus Klimaerhitzung, Artensterben und Umweltverschmutzung. Den Green Deal darf es nicht in Scheibchen geben. Das Versprechen eines nachhaltigen, giftfreien und lebenswerten Europa erlischt nicht, nur weil eine neue EU-Kommission ins Amt kommt.

JUTTA PAULUS
www.jutta-paulus.de

RAUM FÜR
ENGAGEMENT

Großer Fortschritt für unsere Forderung nach Europäisierung und Schutz der Zivilgesellschaft: Der Gesetzentwurf zu grenzüberschreitenden Vereinen wird vorgelegt. Als Berichterstatter im EU-Rechtsausschuss sind mir eine lebhafte Demokratie und eine aktive politische Zivilgesellschaft wichtig. Macht mit: www.EUnite4Democravy.de

SERGEY LAGODINSKY
www.lagodinsky.de

ALLE KRÄFTE
GEGEN RECHTS

Wir in Brüssel kriegen ganz konkret zu spüren, wie sich die zunehmende Zusammenarbeit der Konservativen mit rechten Parteien auswirkt. Gesetze pro Natur- und Klimaschutz und pro Menschenrechte werden blockiert oder sabotiert. Für die Europawahl heißt das: Wir müssen eine rechtskonservative Mehrheit verhindern!

RASMUS ANDRESEN
www.rasmus-andresen.eu

KEINE CHANCE
FÜR KLIMALÜGEN

Rechtsextreme Parteien in Europa rufen zum Wahlkampf gegen den Klimaschutz auf. Im Internet werden millionenfach Klimalügen verbreitet. Dem stelle ich mich entgegen und mache mobil für Natur- und Klimaschutz und eine Digitalpolitik, die Hetze und Desinformation in die Schranken weist.

ALEXANDRA GEESE
www.alexandrageese.eu

MEILENSTEIN
FÜR FRAUENRECHTE

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein globales Problem, das ernst genommen werden muss. Als Mitinitiatorin der Maputo-Charta habe ich dafür einen wichtigen Meilenstein gelegt. Wenn die Charta im Oktober verabschiedet wird, haben wir ein historisches gemeinsames Abkommen zwischen EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen geschaffen. Auf Basis gemeinsamer Grundlagen und regelmäßigen Austauschs gewinnt die Wahrung von Frauenrechten damit weltweit an Substanz. Bis 2030 sollen die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen erreicht werden. Eines davon ist Geschlechtergerechtigkeit. Die Maputo-Charta ist dafür ein zentrales Puzzlestück.

PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA
106 Länder aus EU, Afrika, Karibik und Pazifik verpflichten sich mit der Maputo-Charta zu mehr Frauenrechten. Das ist ein Meilenstein!

DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Europagruppe GRÜNE/Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

ORBAN-DOKU
STREAMEN

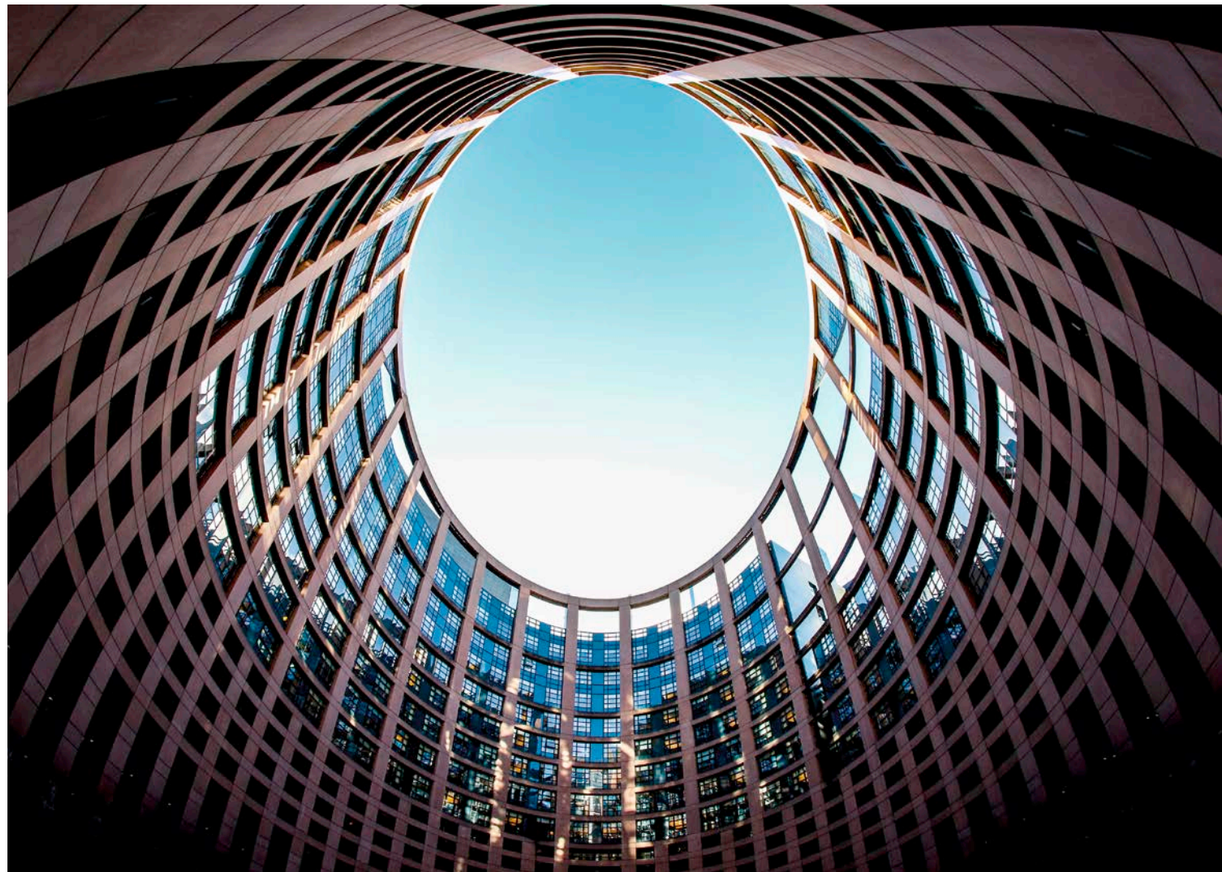
Der Streit um Europas Werte, spannend wie ein Thriller! Die Arte-Doku „Hallo Diktator!" zeigt eindrücklich die Auseinandersetzung zwischen der EU und Ungarns Premierminister Viktor Orban – und sie gibt Einblicke in unsere Arbeit im Europaparlament. Für einen spannenden Filmabend: www.http://gruenlink.de/2orw

DANIEL FREUND
www.danielfreund.eu

NICHTWÄHLER*INNEN
MOBILISIEREN

„Die Grünen zerstören unseren Wohlstand." Den Vorwurf höre ich täglich. Dahinter steckt bei vielen die Angst vor materiellem Verlust. Während andere bei der AfD nach Stimmung fischen, müssen wir Nicht-Wähler*innen mobilisieren. Mit grüner Sozial- und Wirtschaftspolitik, die das Leben der Menschen spürbar verbessert.

MALTE GALLÉE
www.maltegallee.eu



Europaparlament Straßburg © European Union 2017 – Source: EP, Photographer: Fred Marvaux

ANZEIGE

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Reproduktive Gerechtigkeit

Eine Einführung
Berlin, Sept. 2023, 48 Seiten

Mit Ideen, wie Entscheidungen für oder gegen Kinder frei von Angst, Gewalt, Strafen, Stigma oder Verletzung möglich werden.
Bestellung oder Download:

boell.de/publikationen

Konferenz

Gesellschaftsprojekt Energiewende

Volle Kraft voraus!

© Angela Wittchen

Montag, 18. Sept., 9.30 – 18.30 Uhr
Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
mit **Dr. Robert Habeck**

Gemeinsam mit den Multiplikator*innen und Macher*innen der Energiewende suchen wir nach Strategien und Ideen, die das Gesellschaftsprojekt beschleunigen und in die Breite tragen.

Jetzt noch anmelden:
boell.de/gesellschaftsprojekt-energiewende

Unser Newsletter
Jeden Monat. Kostenfrei.
In Eure Mailbox.
Jetzt abonnieren!

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstr. 8, 10117 Berlin ***boell.de***
Heinrich-Böll-Stiftung
boellstiftung *boell_stiftung*

10 Gründe, warum du in die Kommunalpolitik gehen solltest

01

Weil Demokratie vom Mitmachen lebt

Dass wir in Frieden und Freiheit leben dürfen, ist ein kostbares Geschenk. Deshalb sollten wir unsere Demokratie lebendig halten und uns aktiv einbringen. Auch deine Meinung zählt!

02

Weil es dein Zuhause ist

Du liebst den Ort, an dem du lebst? Dann setz dich dafür ein, dass er so liebenswert bleibt und noch lebenswerter wird. Aber auch wenn dich manches stört: Du hast es in der Hand, die Dinge zu ändern!

03

Weil du was über die Welt lernst

Mal ehrlich: Weißt du, wie man einen Radweg plant? Was eine gute KiTa an Ausstattung braucht? Wie man Biotope schützt? In der Kommunalpolitik beschäftigst du dich mit diesen Fragen ganz konkret.

04

Weil du was für dein Leben lernst

Argumente abwägen, Fachleute anhören und auch mal eine Rede halten: All das ist am Anfang schon etwas aufregend – aber du wirst zu Recht stolz auf dich sein und an deiner Aufgabe wachsen.

05

Weil du dich weiterbilden kannst

Die Seminare der Grünen, der grünen kommunalpolitischen Vereinigungen und der Heinrich-Böll-Stiftung helfen dir dabei, dich weiterzuentwickeln.

06

Weil du auch im Alter noch gut versorgt sein willst

Gute Busverbindungen, Läden im Ortskern statt auf der Wiese: Das ist gut für Klima und Natur – und macht auch das Leben leichter, wenn man nicht (mehr) Auto fahren kann oder will.

07

Weil du Kontakte knüpfst

Die Leiterin der Stadtwerke, den Chef der Naturschutzbehörde und viele mehr: Durch dein Mandat in der Kommunalpolitik lernst du spannende Menschen kennen.

08

Weil wir das Klima auch in den Kommunen retten

Beim Klimaschutz können Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen: indem sie ihre Gebäude mit sauberem Strom versorgen, Radwege und ÖPNV ausbauen oder kühlende Grünflächen anlegen.

09

Weil es Spaß macht!

Die eigenen Ideen in die Tat umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, ist ein tolles Gefühl! Probier's doch mal aus und kandidiere für uns bei den nächsten Kommunalwahlen.

10

Weil dich ein starkes Team trägt

Du bist nicht allein!
Die erfahrenen Kolleg*innen stehen dir mit Rat und Tat zur Seite.

DER OKTOBER WIRD GRÜN – MIT DEINER HILFE!

Du hast Lust, die Grünen in Bayern und Hessen direkt vor Ort zu unterstützen? Beim Wahlkampf an der Haustür stehen die Wähler*innen im Fokus. Und deshalb ist der Haustürwahlkampf das effektivste Wahlkampfinstrument! Trag dich hier ein:

www.gruene.de/aktionen/jetzt-eintragen-haustuerwahlkampf

Du hast nicht so viel Zeit, aber willst trotzdem dabei helfen, grüne Botschaften in Bayern und Hessen auf die Straße zu bringen und noch mehr Menschen zu erreichen? Dann spende ein Plakat!

BAYERN
gruene-bayern.123plakat.de

HESSEN
gruene-hessen.123plakat.de

Vielen Dank für deine Unterstützung!

IMPRESSUM

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift
Nr. 19, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Emily Büning, Politische Bundesgeschäftsführerin
V. i. S. d. P.: Annkathrin Schäfer

Redaktion, Gestaltung, Produktion:
Anzinger und Rasp, München
Redaktion: Alexandra Bürger (Leitung), Gero Günther, Claudia Teibler
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion: Das Magazin der Grünen, Triftstraße 13, 80538 München

Stand: September 2023

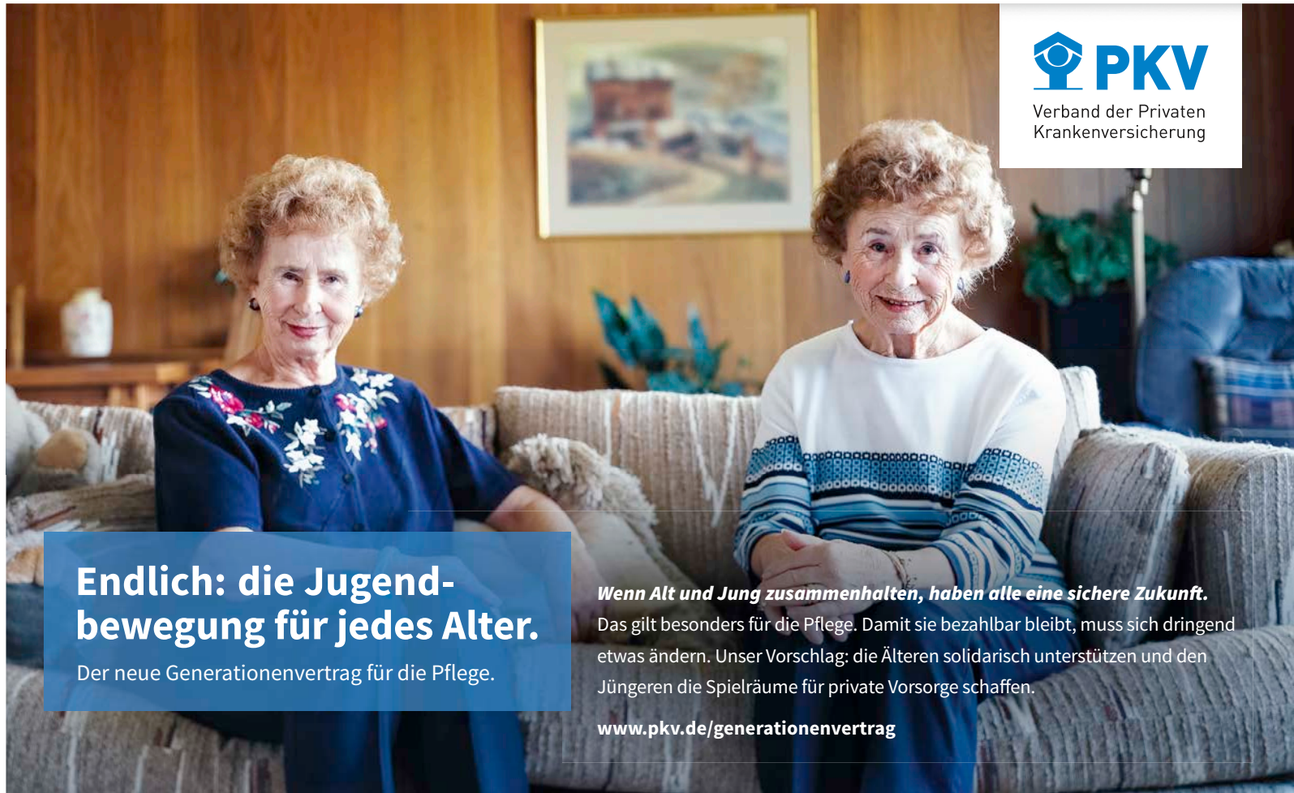
Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur
Ruth Hansmann
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-145
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
125.000 Exemplare
Dierichs Druck, Kassel, auf 100 % Recyclingpapier.
Der Auflage von Bayern liegt eine Zeitung des Landesverbandes bei. Das Werbemittel der Ökoworld AG liegt der Gesamtauflage bei, das Werbemittel der Biber Umweltprodukte Versand GmbH liegt der Auflage von Baden-Württemberg bei.

Jahresabonnement:
Vier Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 15. Dezember

ANZEIGE



GESAMTMETALL
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Lasst uns am Rad drehen, um den Standort zu sichern:

- Arbeitskosten senken
- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Mehr Netto vom Brutto